Die Anträge 88 und 89 werden abgelehnt.
Antrag 90 wird angenommen.
Die Anträge 91 und 92 werden abgelehnt.
Antrag 93 ist zurückgezogen.
Antrag 94 wird dem Parteivorstand überwiesen.
Antrag 95 wird abgelehnt.
Antrag 96 wird unter Streichung der Motivierung angenommen.
Antrag 209 wird mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.
Antrag 210 wird abgelehnt.
Antrag 215 wird abgelehnt.
Antrag 222 wird mit großer Mehrheit abgelehnt.
Antrag 224 wird dem Parteivorstand überwiesen.
Antrag 230 wird zurückgezogen.
Antrag 231 wird angenommen.

Hierauf wird auf Antrag der Kontrollkommission dem Parteivorstand für seine Tätigkeit einstimmig Entlastung erteilt. (Bravo! und Händeklatschen.)

Der Vorsitzende teilt mit, daß am Mittwoch, den 16. September, die Nachmittagssitzung ausfällt und ein Ausflug dafür geplant ist.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 16. September 1925, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender **Wels:**

Wir fahren in unseren Verhandlungen fort, und zwar:

3. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag.

Berichterstatter Wilhelm **Keil:**

Wenn der mündliche Fraktionsbericht den Zweck hätte, dem Parteitag im einzelnen mitzuteilen, was im Reichstag geschehen ist und welche Stellung die Fraktion zu jedem Beratungsgegenstand eingenommen hat, so würde das diesmal eine sehr längliche Sache werden. Es hat kaum einen Reichstag gegeben, der so intensiv gearbeitet hat wie der letzte. Der umfangreiche gedruckte Bericht über die Tätigkeit der Fraktion legt Zeugnis ab von der Fülle der beratenen Materien und verabschiedeten Gesetze. Was der arbeitsunfähige Reichstag vom Mai 1924, der im wesentlichen nur die Gesetze über das Londoner Abkommen zustande brachte, versäumte, mußte der Reichstag vom Dezember 1924 in seinem ersten Tagungsabschnitt nachholen. Die wiederholten Unterbrechungen der Reichstagsarbeiten zunächst durch das Ableben des ersten Reichspräsidenten, unseres unvergeßlichen Freundes Ebert, dann durch die beiden Wahlkämpfe um die Wiederbesetzung des höchsten Amtes in der deutschen Republik, hatten zur Folge, daß sich die Arbeiten des Reichstags noch enger zusammendrängten und der Abschluß der Session sich noch weiter hinausschob als es ohnedies der Fall gewesen wäre.

Dem Reichstag war in dieser Periode die Aufgabe gestellt, die Notmaßnahmen, die in den Monaten des Uebergangs von der Inflation zur stabilen Währung getroffen worden waren, durch gesetzliche, auf längere Dauer berechnete Regelungen zu ersetzen und den ganzen durch die Währungskatastrophe aus den Angeln gehobenen Organismus der Staatsverwaltung wieder in geordnete Funktion zu bringen. Wenn wir objektiv anerkennen, daß der Reichstag im

wesentlichen diese Aufgabe erfüllt hat, so müssen wir freilich sofort hinzufügen, daß er sie nicht erfüllt hat in dem Geist, der dem sozialen Gedankengehalt der Verfassung der deutschen Republik entspricht, sondern in einem Geist, der als höchstes Ziel die Befriedigung des materiellen Egoismus der wieder zu Macht und Einfluß gelangten besitzenden Oberschichten des deutschen Volkes kennt.

Meine Aufgabe kann nur darin bestehen, die grundsätzlichen Gesichtspunkte darzulegen, von denen die Fraktion bei ihren Arbeiten im Reichstag geleitet wurde. So kompliziert diese Aufgabe angesichts der mannigfaltigsten Beratungsstoffe scheinen mag, so wird sie durch die erfreuliche Tatsache doch vereinfacht, daß es ernste und nachhaltige Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion nicht gegeben hat. Wenn auch die Unterschiede im politischen Werdegang, im Wirkungskreis, im Temperament und in der gefühlsmäßigen Einstellung der einzelnen Fraktionsmitglieder zu einer verschiedenen Beurteilung taktischer Situationen führte — es wäre schlimm, wenn es anders wäre —, so besteht doch keine geschlossene Linke und keine geschlossene Rechte in der Fraktion wie in früheren Zeiten, von Sondersitzungen einzelner Fraktionsgruppen ist mir jedenfalls seit der Wiedervereinigung nichts bekannt geworden. Will man trotzdem von einem sogenannten linken und einem rechten Flügel sprechen, so sind die Fälle nicht selten, in denen linker Hand rechter Hand alles vertauscht war, in denen der sanfte Löbe den Draufgänger Rosenfeld an Radikalismus und der kritiklustige Levi den realpolitisch-sachlichen Hermann Müller an Sachlichkeit übertraf. (Heiterkeit.) Gab es Meinungsverschiedenheiten, so hat das nicht zu verhindern vermocht, daß die Fraktion nach außen hin einheitlich auftrat, vereinzelte Ausnahmen waren ohne politische Bedeutung, beruhten auf ungenügender Information und dienten jeweils dazu, die Sünder an die Wahrung der Fraktionsdisziplin zu erinnern. Mir scheint auch in der Parteigenossenschaft im Reich keine ernste Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu herrschen, wie ich aus den zu diesem Thema vorliegenden Anträgen schließe. Ich finde darin vielerlei Anregungen — neben nützlichen und beachtlichen auch solche, die mit kritischem Blick zu prüfen sind —, aber ernste Kritik an der bisherigen Arbeiterfraktion finde ich nur in einem Aufsatz des Genossen Seydewitz im sächsischen Volksblatt, der mir hier auf dem Parteitag zu Gesicht gekommen ist, um der von tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten über unsere, im Parlament zu treibende Politik spricht und diese Meinungsverschiedenheiten für tiefer hält als die im sächsischen Konflikt. Mich hat diese Behauptung ein wenig überrascht. Bei meiner dauernden aufmerksamen Mitarbeit in der Fraktion habe ich von tiefgehenden dauernden Meinungsverschiedenheiten nichts bemerkt. Ich wüßte mich auch nicht zu erinnern, daß sich Genosse Seydewitz besonders bemüht hätte, die Fraktion von seinen höheren Einsichten zu überzeugen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Worin Genosse Seydewitz die Meinungsverschiedenheiten erblickt, darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

Der Reichstag vom 7. Dezember 1924 hat einige der fratzenhaften physiognomischen Züge seines kurzlebigen Vorgängers abgestreift. Die von der Inflation genährten extremen Gruppen von rechts und links, die dem Mai-Reichstag das Merkmal der Arbeitsunfähigkeit aufdrückten, wurden rasch von den Wählern für den Unfug, den sie im Reichstag vom 4. Mai trieben, gezüchtigt. Die Gruppe politischer Windbeutel, die sich völkisch nennt, schmolz bei den Dezemberwahlen wie der Neuschnee in der Septembersonne, und der Katz-Scholemsche Bläserchor verlor so viel seiner geübten Instrumentisten, daß den Konzertgebern die Lust am Spiel rasch verging.

Aus dem Mehr an Abgeordneten, das sich aus der verstärkten Wahlbeteiligung im Dezember ergab, und aus den Verlusten der Inflationsparteien von rechts und von links schöpften wir Sozialdemokraten unseren Gewinn von

31 Mandaten, der sich sofort nach dem Zusammentritt des neuen Reichstags in der Zurückeroberung des Reichstagspräsidiums durch unsern Löbe, den Meister in der Führung der Glocke, auswirkte. So erfreulich diese rasche Wandlung an sich — vielleicht auch für das Ansehen des kurzlebigen Reichstagspräsidenten Wallraf — war, so konnte sie doch nicht die im Gang befindliche Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Rechten aufhalten. Die Zeit vom Mai bis zum Dezember war zu kurz, der Maireichstag hatte in seinen wenigen Sitzungen die große Schar der Wähler nicht genügend zur Besinnung bringen können, die dem gerissenen Demagogentum im Mai in die Falle gegangen waren. Würden heute die Wähler erneut ihren Willen zum Ausdruck bringen können, so würden Millionen von denen, die sich im Mai und Dezember 1924 noch düpieren ließen, ihre Entscheidung von damals gründlich revidieren.

Wenn die Fraktion nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung im Herbst 1923 die Machtergreifung durch die Deutschnationalen noch verhindern konnte und insbesondere verhüten konnte, daß die Volksmassen am Ende der Inflationsperiode, in der Zeit hochgradigster Verwirrung, an die Urnen gerufen wurden, wie es die Deutschnationalen damals wünschten, und wenn die Fraktion auch noch nach den Maiwahlen erfolgreich dabei mitwirken konnte, daß den Deutschnationalen die Tür zum Eintritt in die Regierung, an die sie heftig pochten, verschlossen blieb, so war nach den Dezemberwahlen die Etablierung der Rechtsregierung nicht mehr zu verhindern.

Die Wähler hatten den Strömungen, die auf dieses Ziel hinausliefen, nicht den nötigen starken Damm entgegengesetzt. Für die Erneuerung der Weimarer Koalition fehlte nach der Wahl die zahlenmäßige Grundlage. Ein Wiederaufleben der sogenannten großen Koalition kam aus den verschiedensten Gründen nicht in Frage. Die Deutsche Volkspartei hatte auch nicht den Mut, die bisherige Minderheitsregierung weiter tragen zu helfen und gegen die deutschnationale Demagogie zu verteidigen. Die Deutsche Volkspartei verließ sich auf die Rechtsneigung eines großen Teils des Zentrums, und diese Spekulation erwies sich als richtig. Der Ringkampf zwischen Stresemann und Marx endete mit dem Sturz des letzteren, den seine eigene Partei fallen ließ. Herr Luther schwang sich als gewandter Equilibrist auf den Kanzlerstuhl, und vier deutschnationale Minister nahmen neben ihm Platz. Das Zentrum wollte nach der frostigen Erklärung Fehrenbachs nicht an dieses Kabinett gebunden sein. Aber nach den Leistungen des Zentrums in den letzten Monaten fragt man sich vergebens, was denn diese Partei noch mehr für das Kabinett Luther hätte tun können.

In der veränderten Situation, die mit der Bildung des Kabinetts Luther entstanden war, ergab sich für unsere Fraktion die Stellungnahme von selbst: schärfstes Mißtrauen und kampfentschlossene Opposition. Der Verlauf der ersten Parlamentssession unter der Herrschaft dieses Kabinetts hat uns gezeigt, wie begründet dieses Mißtrauen war. Aber unsere Opposition ist nicht die gleiche, die wir in der Vorkriegszeit gegen die Obrigkeitsregierung zu treiben genötigt waren. Damals standen wir einem Regierungssystem gegenüber, das halb absolutistisch, halb konstitutionell war. Die Minister mußten nicht vom Vertrauen der Parlamentsmehrheit, sondern von dem des Monarchen getragen sein. Die Sozialdemokratie war minderen Rechts, vom Beamtendienst grundsätzlich ausgeschlossen, in den Parlamenten durch Wahlkreisgeometrie und Klassenwahlrecht benachteiligt. An die Möglichkeit einer Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierungsgewalt war nicht zu denken. Heute haben wir das demokratisch-parlamentarische Regierungssystem, beruhend auf der republikanischen Staatsform. Wir Sozialdemokraten sind an der Schaffung der demokratischen Republik führend beteiligt gewesen. Wenn wir zurzeit nicht an der Regierung beteiligt sind, und uns vorläufig auch nicht danach sehnen, so ändert

das nichts daran, daß der Sinn und das Ziel unseres Kampfes das ist, die Feinde der Republik und des schaffenden Volkes aus der Regierung zu vertreiben.

Mir scheint nun, daß der Genosse Seydewitz — ich erblicke in ihm den Vertreter der Anschauung, die gewiß eine, wenn auch nicht sehr zahlreiche Anhängerschaft hat — in diesem Punkte anderer Meinung ist, sonst würde er nicht zu der grundfalschen Behauptung kommen, daß die größere Hälfte der Partei jetzt nur Opposition machen will, weil sie nicht mitregieren dürfe, und daß die Partei darum blindlings alles, was von Regierungsseite kommt, niederkämpfen müsse mit dem Ziel, über die jetzige Rechtsregierung hinweg wieder zur großen Koalition zu kommen. So drückte er sich wörtlich aus, und in Fettdruck verkündete er weiter, ein prominenter Führer des rechten Flügels habe kürzlich in der Reichstagsfraktion einem seiner Genossen vorgehalten: Sie sind radikal mit dem Ziel der großen Koalition. Mir ist von dieser Bemerkung nichts bekannt. Aber im Irrtum ist Genosse Seydewitz, wenn er annimmt, daß es auch nur ein Fraktionsmitglied gäbe, das für die große Koalition so fest eingeschworen wäre, wie er sich offenbar gegen sie verschworen hat. Soweit ich unterrichtet bin, herrscht in der Fraktion allgemein die Meinung, daß es die taktische Bewegungsfreiheit hemmen und darum schaden würde, wenn man sich in solchen Fragen ein für allemal festlegen wollte. Wir würden damit unsern Gegnern nur den Kampf gegen uns erleichtern. Im parlamentarischen Leben muß der Kampf elastisch geführt werden. Wer sich im voraus bindet und den Gegner wissen läßt, daß und wie er sich gebunden hat, darf sich nicht wundern, wenn der Gegner diese Handlungsunfreiheit für seine Zwecke ausnutzt. (Sehr richtig!) Mir scheint es umgekehrt unsere Aufgabe zu sein, die Schwächen auszunützen, die sich der Gegner gibt. Besonders der jetzigen Regierungsmehrheit gegenüber hat das zu gelten. Nun irrt der Genosse Seydewitz sehr mit seiner Unterstellung, daß die Fraktionsmehrheit das nur wollte, um unbedingt zur großen Koalition zu kommen. Was geschehen wird, wenn die Niederringung der Rechtsregierung gelungen sein wird, ist eine offene Frage, zu der Stellung zu nehmen ist, wenn der Fall eintritt. Ich hoffe, daß dann der Genosse Seydewitz der Fraktion seine weisen Ratschläge nicht vorenthalten wird. Klar sein müssen wir uns immer darüber, daß wir, wenn wir eine Regierung stürzen, in die Zwangslage versetzt sein können, eine neue bilden zu müssen (Hermann Müller: oder unterstützen zu müssen!) oder unterstützen zu müssen. Denn das ist der Sinn des parlamentarischen Regierungssystems, daß die Opposition, die siegt, selbst die Regierung übernehmen oder für die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung sorgen muß. Mir scheint, daß Genosse Seydewitz diesen Grundgedanken des Parlamentarismus noch nicht ganz erfaßt hat. Daß der Kampf zwischen Opposition und Regierungspartei, der im klassischen Lande des Parlamentarismus, in England, jahrhundertelang einem Kampf zwischen Liberalismus und Konservatismus war, in Deutschland mehr und mehr zu einem Kampf zwischen Sozialismus und Bürgertum geworden ist, beweist uns nur, daß wir uns in dem Stadium des Ringens um unsern Anteil an der unmittelbaren Staatsgewalt befinden. Daraus ergibt sich aber eine andere taktische Stellungnahme als in der Vorkriegszeit.

Wir Sozialdemokraten fühlen uns als die eigentlichen Träger der demokratischen Republik und haben sie mit allen Kräften zu verteidigen, auch gegen ihre in der Regierung sitzenden Feinde. In der Außenpolitik fällt uns die Aufgabe zu, die Interessen unseres Landes mit den friedlichen Mitteln der Demokratie zu vertreten, Deutschland wieder Ansehen und Vertrauen in der Welt zu erwerben und vor allem den Frieden zu sichern im Kampf mit dem frivolen Nationalismus diesseits und jenseits der Grenzen. Im Innern ist

und bleibt die Sozialdemokratie der Anwalt der Armen, der Schaffenden und Enterbten. Hier haben wir auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens unsere volle Kraft einzusetzen für die Wahrung der Lebensinteressen der schaffenden Arbeit und der unschuldigen Opfer der kapitalistischen Wirtschaft gegen die Begünstigung des Besitzes. Wir haben nicht demagogische Schaugerichte zu bieten, mit denen den Notleidenden nicht gedient ist, sondern unsere Forderungen so zu bemessen und unsere Taktik so einzustellen, daß das Höchstmaß der unter den gegebenen Machtverhältnissen möglichen Fortschritte erreicht wird. Daraus ergibt sich, wenn wir in Oppositionsstellung sind, daß unsere Forderungen die Grenze nicht überschreiten dürfen, die wir einzuhalten genötigt wären, wenn wir Anteil an der Regierungsgewalt hätten. (Sehr wahr!) Wir haben zwar von der deutschnationalen Opposition in vergangenen Jahren viel lernen können, soweit dürfen wir sie uns aber nicht zum Vorbild nehmen, daß wir Forderungen erheben und Anträge stellen, deren Annahme wir, wenn wir zur Regierung gelangten, mit allen parlamentarischen Finessen hintertreiben müßten. (Sehr richtig!)

Ich würde es nicht für notwendig halten, besonders zu betonen, daß wir solche Forderungen tatsächlich auch nicht erhoben haben, wenn nicht wiederum Genosse Seydewitz den von gegnerischer Seite erhobenen Vorwurf, daß wir gegen unsere bessere Einsicht Anträge stellten, nur weil wir nicht mitregieren dürften, für teilweise richtig erklärt hätte. Daß Genosse Seydewitz damit den Arbeitern und der Partei genützt hätte, wird man wohl nicht sagen können.

Die deutschnationale Demagogie in der Aufwertungsfrage hat uns gezeigt, wie eine Partei, die auf Ehrlichkeit und politisches Ansehen hält, nicht vorgehen darf. In der Frage der Kriegsbeschädigtenfürsorge hat mal einer der weniger begabten Deutschnationalen des Reichstags offen bekannt, daß die Anträge, die seine Fraktion bei Beginn des jetzigen Reichstags reklamehalber eingebracht hat, vor ihrem Eintritt in die Regierung gestellt worden seien, daß sie aber die Annahme dieser Anträge nach dem Eintritt nicht für möglich halte. Wir haben es auch nicht nötig, unmögliche Agitationsanträge zu stellen. Die praktischen Leistungen der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit bleiben hinter dem Notwendigen, Möglichen und Durchführbaren soweit zurück, daß wir alle Hände voll zu tun haben, um nur die schwersten Mängel dieser gesetzgeberischen Arbeit zu bekämpfen und zu verbessern. Wohin wir blicken, tut sich der Kontrast auf zwischen den Worten der jetzigen Regierungsparteien bei den letzten Wahlen und ihren Taten im Reichstag. Der radikale Wechsel in der Haltung der Deutschnationalen, der mit ihrem Eintritt in die Regierung verbunden war, ist ohne Beispiel in der Geschichte des deutschen Parteilebens. Wie sind die Parteien der Linken, vor allen Dingen ihre Führer, in den Jahren 1919 bis 1924 geschmäht und verlästert worden, weil sie mit den Machtverhältnissen rechneten, die durch die Kriegsniederlage der Militärmonarchie geschaffen worden sind. Sie hatten, wie die Nationalisten sagten, das Vaterland verraten und die Ehre der Nation in den Kot getreten. Man nannte sie bezahlte Knechte des Auslands, die entschlossen seien, mit ihrer verruchten Erfüllungspolitik dem deutschen Volke das letzte Mark aus den Knochen zu pressen, nur um die Wünsche und Begierden der Feinde zu erfüllen. Schon bei der Entscheidung über die Dawes-Gesetze im August 1924 brach diese frivole Demagogie, die die Tatsachen auf den Kopf stellte, in sich zusammen. Diese Selbstentlarvung der Deutschnationalen hinderte sie aber nicht, bei den Dezemberwahlen sich noch einmal im Jahrmarktsstil als den nationalen wahren Jakob der Wählerschaft anzupreisen. Als aber nach den Wahlen der Eintritt der Deutschnationalen in das Kabinett Luther erfolgt war, hieß es: Farbe bekennen. Und siehe da! Die ganze deutschnationale Fraktion schwenkte ein und betrieb Erfüllungspolitik mit einem Eifer, wie sie nie zuvor von einer anderen Partei betrieben worden ist. Wie würde der

verstorbene Helfferich mit einem Finanzminister der Linken umgesprungen sein, der wie der deutschnationale Minister von Schlieben unter schwerster Belastung der Steuerzahler eine Ueberschußwirtschaft betrieben hätte, nur um auf lange Frist Vorsorge für die Erfüllung der Reparationslasten zu treffen.

Wie steht es weiter mit der Zerreißung des Versailler Vertrages in Fetzen, die für den Fall einer deutschnationalen Herrschaft angekündigt wurde? Wo ist der wuchtige Protest gegen die Kriegsschuldlüge, den die Deutschnationalen von allen früheren Regierungen verlangt hatten?

Es ist ganz still geworden von diesen Dingen, seit die Deutschnationalen als Regierungspartei Gelegenheit haben, das auszuführen, was sie als Oppositionspartei von den andern verlangten. Statt dessen sind die Vorbereitungen im Gange zum Abschluß eines deutsch-französischen Sicherheitspaktes, der nicht, wie beim Abschluß des Friedensvertrages 1919, den gewaltsam erzwungenen, sondern den völlig freiwilligen Verzicht auf Elsaß-Lothringen für immer in sich schließt.

So begrüßenswert es von unserm Standpunkt aus ist, daß sich die Reichsregierung dem Gedanken der Verständigung mit Frankreich nicht verschließt, so hätte ich doch die Entrüstung nicht hören mögen, die ausgebrochen wäre, wenn etwa ein Kabinett Wirth oder Hermann Müller den Abschluß eines solchen Vertrages mit Frankreich versucht hätte. Wenn es in den Augen der Deutschnationalen ein Verrat an der deutschen Ehre war, den Friedensvertrag mit dem Schuldparagraphen zu unterschreiben und durch Uebernahme großer materieller Verpflichtungen weitere Gewaltakte vom deutschen Volke fernzuhalten, so scheint es nach dem Verhalten der Deutschnationalen im letzten Jahre für sie kein höheres Ziel zu geben, als diesen Verrat selbst begehen zu dürfen. (Sehr richtig!) Die immer wieder zu beobachtenden Extratouren einzelner Vertreter der Deutschnationalen, nämlich des rabiaten völkischen Flügels in der Partei, die sich gegen die Politik der nationalen Knochenerweichung — wie es früher hieß — wenden, dienen nur dazu, die Wandlung zu illustrieren, die sich bei den Deutschnationalen seit ihrem Eintritt in die Regierung vollzogen hat. Die Deutschnationale Partei genieren die Angriffe der Freytag-Loringhoven und anderer nicht. Ihre Machtgier ist so groß, daß sie jede Einbuße ihres Ansehens in der Oeffentlichkeit in Kauf nehmen, um sie zu befriedigen. Die Oppositionstiraden, die sie des öfteren noch aufführt, um ihre Anhänger im Lande bei der Stange zu halten, haben wir ihnen des öfteren verfalzen. Wir haben sie gezwungen, dem deutsch-spanischen Handelsvertrage zuzustimmen, den sie als einen Verrat am deutschen Weinbau stigmatisiert hatten. Wir haben sie gezwungen, sich zu den Grundzügen der Politik des Kabinetts Luther zu bekennen, und auch in einer Reihe von Fragen der inneren Politik haben wir ihnen das Doppelspiel, zugleich Regierungs- und Oppositionspartei sein zu wollen, gründlich ausgetrieben. Vor die Entscheidung gestellt, haben die Deutschnationalen es stets vorgezogen, statt ihres Ansehens bei ihren Anhängern ihre Ministersessel zu schützen. Sie werden das auch künftig so halten, bis die Empörung der Wähler der Schandwirtschaft, die sie in den ¾ Jahren getrieben haben, Einhalt gebietet.

Die maßgebenden Kreise der Deutschnationalen Partei wissen die Regierungsgewalt auch dann zu schätzen, wenn sie nicht ihre Ziele auf einen Schlag erreichen können, sondern sich mit einem Teilerfolg begnügen müssen. Selbst der große Raubzug, den sie mit der Zollgesetzgebung eingeleitet haben, erfüllt ihre Wünsche noch nicht in vollem Umfange. Aber schon dieses kleine Zollgesetz, das trotz des Widerstandes unserer Fraktion unter gewalttätigem Bruch der geschäftsordnungsmäßigen und verfassungsmäßigen Rechte der Minderheit durchgepeitscht worden ist, wird von verhängnisvollen Folgen für unsere wirtschaftliche Entwicklung sein. Der Hauptvorhalt, der uns Sozialdemokraten von

den Vertretern der Hochschutzzollpolitik gemacht wird, geht dahin, wir wollten inmitten einer zollpolitisch gerüsteten Welt die deutsche Wirtschaft schutz- und wehrlos der ausländischen Konkurrenz ausliefern. So töricht sind wir wahrhaftig nicht. Wir sind stets bestrebt, Schädigungen von deutschen Wirtschaftsleben fernzuhalten. Das gebietet uns das Lebensinteresse der Arbeiterklasse. Wir wissen, daß sich Deutschland nicht eine Politik des reinen Freihandels, der nie sozialistisches Prinzip gewesen ist, leisten kann, wenn die übrigen Staaten der Welt mit Zollmauern umgeben sind. Wir wissen auch, daß das durch den Weltkrieg vom Weltwirtschaftsverkehr abgeschnittene Deutschland eine wirtschaftsgesetzliche Grundlage für den Abschluß von Handelsverträgen braucht.

Worin wir uns aber grundsätzlich von der Reichstagsmehrheit und vom Kabinett Luther unterscheiden, ist, daß wir den allgemein, nicht nur deutscherseits, zu betreibenden Abbau der Zollmauern und eine europäische Wirtschaftsverständigung erstreben, während die Hochschutzzöllner zielbewußt darauf hinsteuern, die Zollschranken der übrigen Länder noch zu übertrumpfen. Auf diesem Gebiete besteht der gleiche Gegensatz wie in der Vorkriegszeit auf dem Gebiete der Rüstungspolitik. Wir wollten damals ein wahres Volksheer, das seiner inneren Natur nach defensiven Charakter trägt. Die Militaristen der Großstaaten aber überboten sich gegenseitig in der Verstärkung der von Offensivgeist erfüllten stehenden Heere mit dem schließlichen Erfolg, daß die Katastrophe des Weltkrieges heraufbeschworen wurde. Die Verteidiger der Hochschutzzöllnerei scheinen sich nicht ausnahmslos über die Tragweite ihrer Politik klar zu sein. Eine Hauptgefahr, die dem deutschen Staats- und Wirtschaftsleben nach der Stabilisierung der Währung noch droht, besteht bekanntlich in der passiven Handelsbilanz. Auf die Dauer ist es untragbar, daß wir alljährlich dem Auslande für die Einfuhr viele Milliarden mehr zahlen, als wir für die Ausfuhr deutscher Waren vom Auslande einnehmen. Als Abhilfsmittel gegen die passive Handelsbilanz gilt nach allgemeiner Auffassung die Beschränkung der Einfuhr und die Steigerung der Ausfuhr. Die Einfuhr läßt sich aber bei der gegenwärtigen geographischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands über einen bestimmten Grad hinaus nicht einschränken. Die Rohstoffe, die von der deutschen Industrie gebraucht werden, die uns aber das eigene Land nicht bietet, müssen eben vom Auslande bezogen werden, und das Minus in der inländischen Nahrungsmittelerzeugung muß gleichfalls, wenn wir nicht einen Teil unseres Volkes verhungern lassen wollen, durch Einfuhr von Nahrungsmitteln gedeckt werden. Die Zollpolitik ist überdies das ungeeignetste Mittel, dieses Minus zu verhindern. Wir haben daher alle Pflege der Steigerung der Ausfuhr zu widmen, der nicht wie der Beschränkung der Einfuhr feste Grenzen gezogen sind. Die Hochschutzzollpolitik bewirkt aber das Gegenteil einer Ausfuhrsteigerung. Sie reizt das Ausland, auf dessen Märkten wir unsere Fertigwaren absetzen wollen, zu scharfen Gegenmaßnahmen; sie steigert durch die gewollte Verteuerung des Lebensunterhalts der Massen indirekt die Produktionskosten und erschwert so die Konkurrenz der deutschen mit der ausländischen Industrie. Die Verteuerung des Lebensunterhalts der Massen bedeutet zugleich eine Erschwerung des Lebenskampfes der Arbeiter, eine Herabdrückung ihres Kulturniveaus, eine Verschlechterung der sozialen Zustände in jeder Beziehung. Das waren die Gründe, aus denen wir die Zollpolitik der Regierungsmehrheit aufs schärfste bekämpfen mußten und weiter bekämpfen werden. Dem schweren Schaden, den diese Politik der gesamten Volkswirtschaft und besonders den breiten Massen der Schaffenden in Stadt und Land, auch den Kleinbauern, besonders den Landarbeitern, zufügt, steht der Vorteil einer kleinen Gruppe von Großgrundbesitzern und Schwerindustriellen gegenüber, denen die Befriedigung ihres Egoismus über die Pflege der elementaren Interessen des Volksganzen geht.

Nun unterzieht sich gegenwärtig die Reichsregierung im Schweiße ihres Angesichts der mühevollen Aufgabe, die preistreibenden Wirkungen der Zollpolitik, die noch gesteigert werden durch eine hochgradig unsoziale Steuerpolitik, mittels einer Preissenkungsaktion abzuschwächen. Dieses Bemühen reizt zum Spott. Man hat schon den Vorwurf gegen uns erhoben, daß wir mit unserer Kritik den Erfolg der Preissenkungsaktion vereitelten. Hiernach scheint es, als ob man bereits nach einem Sündenbock für den Mißerfolg der Reichsregierung sucht und ihn in der Sozialdemokratie zu finden glaubt. Ich betone daher, daß niemand dieser Aktion größeren Erfolg wünscht als wir. Wir halten eine Senkung der Preise, die durch Ueberprofite und ein Uebermaß von Zwischenstufen im Warenverkehr heraufgetrieben worden sind, für möglich und notwendig. Wir geben uns aber nicht der Illusion hin, als ob eine Regierung, die zum Schutze der kapitalistischen Profitinteressen gebildet worden ist, dieser Preisgestaltung mit allen Mitteln der Staatsgewalt zu Leibe gehen könnte. Hat doch die Regierung Luther gerade zur Erhöhung des Profits ihre Schutzzollpolitik unternommen und zugleich die Steuerlast der Besitzlosen verschärft unter Schonung des Großbesitzes. Zuerst alle Voraussetzungen für die Steigerung der Preise schaffen, und dann so tun, als ob man die Preise senken wollte, das ist ein Beginnen, vor dem der Spott nicht halt machen kann. (Lebh. Zustimmung.) Welcher Erfolg der Preissenkungsaktion in Aussicht steht, läßt sich aus der Tatsache folgern, daß die Regierung schon auf Schwierigkeiten stößt, wenn sie nichts weiter verlangt, als daß die Herabsetzung der Umsatzsteuer in den Preisen ihren Ausdruck finden soll, was doch eigentlich selbstverständlich sein müßte. Bei der engen Verbindung der gegenwärtigen Regierung mit dem Großkapital darf es wahrlich nicht wundernehmen, wenn die Arbeiterklasse in der Preissenkungsaktion in erster Linie ein Manöver zur Verhinderung von Lohnerhöhungen erblickt. (Sehr wahr!) Aber die Arbeiterschaft wird sich nicht irremachen lassen in ihrem Widerstande gegen eine weitere Herabsetzung ihrer Lebenshaltung, die schon erheblich unter der der Vorkriegszeit steht. Indem die Arbeiterschaft für eine Hebung ihrer sozialen Lage kämpft, erhöht sie ihre eigene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, hebt sie die Kaufkraft der breiten Massen und dient damit im hohen Grade der Belebung unserer daniederliegenden Gesamtwirtschaft. Sehr richtig!)

Mit der Zollpolitik steht im engsten Zusammenhang die Steuerpolitik, die von der Rechtsregierung gleichfalls dazu ausgenützt worden ist, die Interessen der Reichen auf Kosten der Armen zu schützen. Eine umfangreiche Steuerreform war in diesem Jahr notwendig. Das rohe Provisorium, das — leider reichlich spät — zur Herbeiführung des Gleichgewichts zwischen Reichseinnahmen und -ausgaben, dieser ersten Vorbedingung einer stabilen Währung, auf steuerlichem Gebiet geschaffen wurde, mußte endlich wieder durch ein geordnetes Steuersystem ersetzt werden. Aber diese Neugestaltung durfte nicht unter dem Druck der sog. Wirtschaft stehen, worunter die Rechte doch nur immer den Großbesitz in Industrie und Landwirtschaft versteht. Wenn man eine vernünftige und soziale Steuergesetzgebung betreiben wollte, mußte man sich der Tatsache bewußt sein, daß das Klagen über den Steuerdruck von jeher eine Lebensgewohnheit des deutschen Großkapitals gewesen ist. Man mußte beachten, daß die besitzenden Schichten in der Inflationszeit, als die Lohn- und Gehaltsempfänger so gut wie allein den Staat über Wasser hielten, dem Steuerzahlen völlig entwöhnt worden waren, und daß sie daher, als sie nun wieder an die Steuerpflicht erinnert wurden, um so lauter über angebliche Erfassung der Substanz und über Erdrosselung der Wirtschaft schrien. Statt sich dieser Momente bewußt zu sein, hat man dem Geschrei des Großbesitzes in einem Maße entsprochen, das das krasse Mißverhältnis zwischen Besitz- und Massensteuern noch steigert. (Sehr richtig!) Gewiß haben wir mit unserer Kritik der Steuergesetzgebung eine Reihe

von Verbesserungen der ganz nach dem Diktat der Besitzenden gearbeiteten ursprünglichen Regierungsentwürfe erzielt. Die Zugeständnisse auf dem Gebiete der Lohnsteuer, die Herabsetzung der Umsatzsteuer und einige weitere Verbesserungen sind Früchte unseres Kampfes. Der gedruckte Fraktionsbericht berichtet darüber im einzelnen. Was speziell die Umsatzsteuer betrifft, so erinnere ich daran, daß wir die Träger des Milderungsgedankens waren. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß ihre Herabsetzung auf 1 Proz. im Rahmen der Steuerkämpfe abgelehnt und zwei Tage später im Zusammenhang mit der Zollvorlage zugestanden wurde, um so den Zentrumsarbeitern die bittere Pille der Nahrungsmittelverteuerung etwas zu versüßen. Unser schärfster Protest gegen das gesamte Steuerwerk wurde aber mit diesen Teilerfolgen nicht überflüssig. Zahlreiche wichtige und maßvolle Anträge unserer Fraktion sind niedergestimmt worden, wie beispielsweise die Verschärfung der Tarife für die Belastung der großen Einkommen, der großen Vermögen und der großen Erbschaften (hört, hört!), die Befreiung der unentbehrlichen Lebensmittel von der Umsatzsteuer, die steuerliche Schonung der Genossenschaften, die Verschonung des Bieres und des Tabaks mit höheren Lasten, die Beseitigung der nach den Worten eines Deutschnationalen gegen die guten Sitten verstoßenden Hauszinssteuer (hört, hört!) und vor allem die Offenlegung der Steuerlisten zwecks Verhinderung der Steuerhinterziehung. (Lebh. Rufe: Hört, hört!) Diese und andere Anträge sind auf den schärfsten Widerstand der Mehrheitsparteien gestoßen. Mit der Herabsetzung der Steuersätze für die großen Einkommen und für den leistungsfähigen Besitz sowie mit der Steigerung mehrerer großen Massensteuern entspricht diese Steuergesetzgebung im vollsten Maße der von Helfferich in seiner ersten Rede als Reichstagsabgeordneter erhobenen Forderung auf Abbau der gesamten Besitzsteuern, die nach seiner Behauptung den deutschen Großbesitz zu zermalmen drohten. Schon die ersten Erfolge, die Helfferich 1920 und 1921 mit seiner Forderung erzielte, haben sich bitter gerächt. In Verbindung mit der frivolen Außenpolitik der Rechtsparteien haben diese Erfolge zur völligen Zerstörung der alten Währung und zur Herbeiführung jenes Zustandes geführt, von denen derselbe Helfferich im Juli 1923 sagte, daß es jetzt um Kopf und Kragen gehe. Von der Zermalmung des Großbesitzes hat niemand in deutschen Landen etwas gemerkt. Wohl aber sind die Massen der Besitzlosen durch die von der Helfferichschen Politik heraufbeschworene Inflation an den Rand der Verzweiflung gebracht und breite Schichten des Mittelstandes ihrer in Geldforderungen bestehenden Vermögen beraubt worden. Wenn die Deutschnationale Partei heute ihre Aufmerksamkeit von dem schmachvollen Betrug und Verrat, den sie an den Opfern der Inflation verübt hat, mit der Behauptung abzulenken versucht, daß die Ursache der Enteignung des Mittelstandes in der Revolution und in der Politik der Linksregierungen nach der Revolution liege, so muß immer wieder festgestellt werden, daß nach dem Urteil aller objektiven Sachverständigen, in welchem parteipolitischen Lager sie auch stehen mögen, die Wurzeln der Geldentwertung in der skrupellosen Kriegsfinanzpolitik Helfferichs liegen (lebh. Zustimmung), daß die Inflation ihren furchtbaren Umfang dank der Steuersabotage der Kapitalkönige und der von den Rechtsparteien heraufbeschworenen außenpolitischen Krisen erreicht hat. (Erneute lebh. Zustimmung.) Es waren doch wahrlich nicht die Regierungsmänner der Linken, die ein Interesse an der Verschärfung und Verlängerung der Inflation hatten und sich einer wertbeständigen Kredit- und Steuerpolitik, wie sie gerade die Sozialdemokratie frühzeitig gefordert hat, widersetzt hätten, sondern es waren die Inflationskönige à la Stinnes, Hugenberg usw. Sie waren die Nutznießer des Verarmungsprozesses, denen die Gläubiger und Sparer zum Opfer gefallen sind. Das Ablenkungs- und Untersuchungsmanöver darf und wird darum den deutschnationalen Vertretern dieser Inflationskönige nicht gelingen. Der Betrug, der an

den Sparern verübt worden ist, schreit zum Himmel und wird sich rächen, wenn die Wähler Gelegenheit bekommen, ihr Urteil zu sprechen. (Sehr gut!)

Ich kann hier nicht ein ausführliches Bild von den monatelangen Aufwertungskämpfen geben, die sich im Reichstage abgespielt haben. Auch hierüber unterrichtet der gedruckte Bericht. Nur das hebe ich hervor, daß in dem Kampf zwischen den verarmten Gläubigern und den bereicherten Schuldnern für unsere Fraktion sich die Stellungnahme ohne weiteres ergab. Die Fraktion hatte sich selbstverständlich an die Seite der hungernden und schuldlosen Opfer der Inflation zu stellen. Mit wohlerwogenen Anträgen hat sie den Gläubigern das zu geben versucht, was im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen lag, ohne vorher Versprechungen gemacht zu haben; die Deutschnationalen dagegen haben den Gläubigern das Unmögliche versprochen, um ihnen das Mögliche schließlich vorzuenthalten. Die große Mehrheit der betrogenen Gläubiger hat bis vor kurzem politisch im Lager der Rechten gestanden. Sie haben dort, solange sie etwas besaßen, Ansehen und Einfluß gehabt. Seit ihrer Verarmung ist es aus mit Einfluß und Ansehen. Proleten haben in den Rechtsparteien noch nie etwas zu sagen gehabt. In den Rechtsparteien ist Heinrich Heines Spottvers zur Parole geworden:

Wenn du aber gar nichts hast,
Oh, dann lasse dich begraben!
Denn ein Recht zu leben, Lump,
Haben nur, die etwas haben!

(Sehr richtig!) Die Enttäuschung der Sparer wird aber erst ihren höchsten Grad erreichen, wenn es demnächst an die umständliche und kostspielige Ausführung der Aufwertungsgesetze geht. (Sehr wahr!) Dann werden die Schuldner alle die Vergünstigungen, die ihnen das Gesetz gewährt, auf Kosten der Gläubiger für sich in Anspruch nehmen, dann werden die Gläubiger des Reichs, der Länder und Gemeinden erkennen, daß man ihnen mit der neuen Ablösungsanleihe ein Stück Papier, aber keine Hilfe gibt (Zustimmung), dann werden die Sparkasseneinleger erfahren, daß man ihnen für eine nähere oder fernere Zukunft Brosamen in Aussicht stellt. Ob es möglich ist, mit Hilfe des in Deutschland unerprobten Volksentscheides die Aufwertungsgesetze demnächst zu revidieren, wie die Vertreter der Aufwertungsverbände annehmen, läßt sich noch nicht beurteilen. Die Vorbereitungen zur Durchführung des Volksentscheides sind bei den genannten Verbänden als den zunächst Berufenen im Gange. Tritt die Frage an uns heran, wie wir uns zu dieser Bewegung stellen, so wird unsere Entschließung getragen sein von dem Bestreben, auch fernerhin den armen Opfern der Inflation und der Geldentwertung unsere Hilfe zu leihen. (Bravo!) Die Enttäuschung wird die Sozialdemokratie den Gläubigern nicht bereiten, die sie mit ihrem Abgott Hindenburg erlebt haben. (Sehr wahr!)

Ich muß zum Schlusse eilen. Wenn ich auch noch die eine oder andere Frage aus dem großen Gebiet, auf das sich die parlamentarische Arbeit der letzten Periode erstreckte, herausgreifen wollte, erschöpfend könnte die Uebersicht doch nicht sein. Es ist auch nicht notwendig, die einzelnen Materien zu besprechen. Ob es sich um die Frage der Sozialpolitik, um den Achtstundentag, um den Arbeiterschutz, um die Erwerbslosenfürsorge, um die Versicherungsgesetzgebung, um das Arbeitsrecht, um die Erfüllung der Pflicht des Reiches gegenüber den Kriegsbeschädigten, um die Besoldung und die Rechte der öffentlichen Beamten, um die Bekämpfung der Klassenjustiz, der Mißstände bei der Reichswehr oder um die Wiedereinführung der bunten kaiserlichen Uniform handelt — unsere Stellung in diesen Fragen ist immer gegeben. Ernsthafte Meinungsverschiedenheiten gibt es darüber nicht. Was Scheidemann gestern über den in der Reichswehr herrschenden antirepublikanischen Geist gesagt hat, enthebt mich der Aufgabe, mich weiter darüber zu verbreiten. Daß die erste

politische Tat des Reichspräsidenten Hindenburg darin bestand, von Dietramszell aus die Verordnung seines Amtsvorgängers über die Beschränkung im Uniformtragen früherer Offiziere aufzuheben, ist besonders lehrreich. Bekanntlich liegt dem Reichstag ein Gesetzentwurf zur Regelung dieser Frage vor, der noch unerledigt ist. Wenn Reichspräsident und Reichsregierung die Entscheidung des von ihnen selbst angerufenen Reichstages nicht abwarteten, sondern im Verordnungswege getan haben, was ihnen beliebte, so äußert sich darin eine Bewertung des Reichstages, an der er nicht stillschweigend vorübergehen darf. (Sehr richtig!) Der Reichstag hat der Regierung zum Bewußtsein zu bringen, daß nach der Verfassung der deutschen Republik alle Staatsgewalt vom deutschen Volke ausgeht, und daß Brüskierungen der Volksvertretung durch die Regierung unzulässig sind. Der politische Akt von Dietramszell zeigt aber auch, daß der neue Reichspräsident eben doch, entgegen einer früher von ihm getanen Aeußerung, über die verfassungsmäßigen Instanzen hinweg selbstherrliche Politik zu treiben gedenkt (sehr richtig!); nur wirkt sich diese erste persönliche Entscheidung des Reichspräsidenten leider nicht zugunsten der Gläubiger und Sparer aus, die alles Vertrauen auf ihn gesetzt hatten, sondern im Sinne jener Kaste, der er selbst entstammt, im Sinne der alten kaiserlichen Offiziere. (Sehr richtig!) Dabei ist noch zu beachten, daß Präsident Hindenburg den Gläubigern und Sparern im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Befugnisse hätte beistehen können, daß dagegen sein Eingreifen zugunsten der Offiziere unter Vorwegnahme der von der Regierung gewünschten Reichstagsentscheidung seine verfassungsmäßigen Befugnisse überschreitet. (Zustimmung.)

Auch zur Frage der Klassenjustiz hatte Scheidemann gestern treffende Worte gesprochen. Man kann, ohne sich der Uebertreibung schuldig zu machen, behaupten, daß die deutsche Justiz in politischen Prozessen niemals weniger Vertrauen im Volke genossen hat als gegenwärtig, und das will etwas besagen. (Lebh. Zustimmung.) Die Justiz ist auf diesem Gebiete zum Kampforgan der monarchistischen Parteien erniedrigt worden. Mit noch größerem Recht, als der frühere Zentrumsführer Lieber im Kampf um das Zuchthausgesetz getan hat, kann man heute von der „himmelschreienden Parteilichkeit der deutschen Rechtsprechung" sprechen. (Sehr wahr!)

Aus dieser Gesamtsituation ergibt sich eine Fülle von Aufgaben für unsere Reichstagsvertretung auch in der Zukunft. Zahlreiche Vorschläge und Anregungen werden der Fraktion durch die vorliegenden Anträge mit auf den Weg gegeben. Wenn mir auch nicht sämtliche Anträge reif erscheinen, um vom Parteitag zum Beschluß erhoben zu werden, so glaube ich doch sagen zu können, daß die Fraktion alles Brauchbare und Nützliche aus diesen Anträgen weiter verfolgen wird. Nach wie vor wird die Fraktion es als ihre Aufgabe betrachten, den parlamentarischen Apparat in den Dienst der schaffenden deutschen Volksgenossen zu stellen. (Sehr richtig!) Daß sie dabei nicht mit verbrauchten Schlagworten und ödem Schematismus zu Werke gehen darf, lehrt uns der Fall Wirth und das Echo, das dieser Fall in dem demokratischen Flügel des Zentrums, namentlich in den Arbeiterschichten, hervorgerufen hat. Wir haben im Kampf mit unseren Gegnern zu differenzieren und dürfen nicht alles über einen Kamm scheren. (Sehr wahr!) Wir dürfen insbesondere diejenigen, die bereit sind, ein Stück Weg mit uns zusammen zu marschieren, nicht von uns abstoßen.

Unter Beachtung dieser Gesichtspunkte können wir für den nächsten Wahlkampf, der erst kommen wird, wenn dieser Reichstag sein natürliches Ende gefunden haben wird — die Deutschnationalen werden die Regierungsgewalt nicht preisgeben, koste es sie auch den letzten Rest ihres Ansehens —, die Situation schaffen, die wir alle wünschen, die die Wählermassen zwingt, in unserem Sinne mit der Rechtsherrschaft Gericht zu halten, die groß war im Versprechen, aber klein im Halten. Die nächste Entscheidung der deutschen

Wählerschaft muß werden ein Verdammungsurteil über die Feinde der Republik und des sozialen Fortschrittes und ein großer Siegestag für die deutsche Sozialdemokratie. (Bravo und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Wels**: Ich eröffne die Diskussion.

Knack-Hamburg: Wenn auch nach dem Inhalt des Referats heute im wesentlichen wohl nur über die Fragen der großen Politik debattiert werden wird, möchte ich Sie doch bitten, mir zu Anfang auf das Gebiet der planmäßigen sozialen Bevölkerungspolitik zu folgen, das ich für ein Zentralproblem der jetzigen und kommenden Zeit halte. Es ist das unbestreitbare Verdienst der Reichstagsfraktion, daß sie schon vor Jahren diese Frage durch Anträge zu den §§ 218 und 219 des Reichsstrafgesetzbuches angeschnitten hat. Wenn aber seit den letzten Jahren auf diesem Gebiet nichts mehr unternommen worden ist, so ist das nicht gerade als ein Verdienst zu bezeichnen, obwohl ich weit davon entfernt bin, die Gründe nicht zu würdigen, insbesondere die Schwierigkeiten der Wirtschaftspolitik, der Inflationszeit und der ihr folgenden Wirren, durch die andere, wichtiger erscheinende Fragen in den politischen Vordergrund gerückt wurden.

Das große Interesse der Partei an der Frage der Bevölkerungspolitik beweisen die etwa 15 damit mittelbar oder unmittelbar in Zusammenhang stehenden vorliegenden Anträge. Das ist zu verstehen, da die Schäden auf dem Gebiet des Bevölkerungswesens von Tag zu Tag nicht ab-, sondern zunehmen. Die Verluste an wertvollem Menschenleben durch die heutige planlose Bevölkerungspolitik sind so groß, daß die Verluste des Weltkriegs dagegen fast als ein Kinderspiel erscheinen. Die Größe der Verluste geht aus den Zahlen hervor, die selbst das oppositionelle Lager, das keine planmäßige Bevölkerungspolitik will, insbesondere die Aerztekreise liefern. Die Folgen der Planlosigkeit sind Abtreibung wertvollen Lebens, Tod oder Siechtum der Frauenwelt, Geschlechtskrankheiten, Vererbung krankhafter Veranlagung des Körpers und Geistes, Verelendung, Verbrechertum u. dgl. m.

In der planmäßigen Bevölkerungspolitik soll der an Körper und Geist gesunde Mensch zur Grundlage des gesellschaftlichen Aufbaues gemacht werden, und nicht erst von der Geburt ab, sondern von der ersten Werdung im Mutterleib Objekt der sozialen Fürsorge sein. Diese Forderung stößt auf den geschlossenen Widerstand der kirchlich-orthodoxen, und kapitalistisch-imperialistischen Kreise, die aus bekannten Gründen jeden bewußten Eingriff in das Geschehen der Natur ablehnen, soweit es sich um die minderbemittelte Bevölkerung handelt. Während jene Kreise an dem Zwang festhalten, wollen wir an seine Stelle die soziale Fürsorge setzen. Dafür ist die Durchführung einer konsequenten Gesundheitspolitik, Kampf gegen die Volkskrankheiten auf sozialgesetzlicher Grundlage notwendig. Ich deute nur an den Kampf gegen den Alkoholismus, der auch auf dem Parteitag durch den Antrag Hoch zur Sprache kommt. Das Schankstättengesetz, das im Reichstag gescheitert ist, ist nur ein bescheidener Anfang dazu. Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten, der durch ein kommendes Reichsgesetz gefördert werden soll, kann nur wirksam durchgeführt werden, wenn angesichts der durchsichtigen Verschlechterung des jetzt vorliegenden Entwurfes durch die Reichsregierung die Parteigenossen überall im Lande aufmerksam und einheitlich auf eine Durchführung des Gesetzes in unserm Geiste achten. In diesem Sinne bewegen sich die Anträge Hamburg 97 und Leipzig 148. Daß die Bekämpfung der Tuberkulose auf reichsgesetzlicher Grundlage geschehen müßte und den Ländern weniger Spielraum gelassen werden dürfte, ist eine für die Partei selbstverständliche, von der Reichstagsfraktion aber noch nicht durchgeführte Forderung. Bedauerlicherweise ist das Reichsministerium für

Volksgesundheit auch in der Zeit unseres größeren politischen Einflusses in der Reichspolitik nicht durchgesetzt worden. Weiter ist erforderlich die Durchführung einer Justizreform nach der zivil- und strafrechtlichen Seite, Kampf gegen die Abtreibung mit sozialen Mitteln, wie dies erneut die Anträge 128 bis 133 anstreben, Erneuerung des Sexualstrafrechts auf wissenschaftlicher Grundlage, wobei ich nur den übelberüchtigten § 175 zu erwähnen brauche, um den Parteigenossen anzudeuten, was ich meine. Eine Wohnungs- und Siedlungspolitik großzügiger Art, wie sie u. a. auch die Anträge 114 und 115 fordern, ist ebenfalls notwendig, weiter die verfassungsmäßige Gleichstellung der Frau, wie dies Antrag 102 Hamburg will, denn die Grundlage jeder planmäßigen sozialen Bevölkerungspolitik ist die Gleichstellung und Gleichwertung von Frau und Mann. Diese so angedeutete Bevölkerungspolitik ist durch eine Sozialpolitik zusammenzufassen und zu umrahmen, wie sie von uns allen und auch von der Reichstagsfraktion stets in großzügigster Weise angestrebt worden ist.

Sollte es nicht möglich sein, das Gebiet der Bevölkerungspolitik schon jetzt in das neue Parteiprogramm hineinzunehmen, wie es von Hamburg im Antrage 162 gewünscht wird, dann muß es Aufgabe der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes sein, baldigst klare Richtlinien herauszugeben, damit die breiten Kreise unserer Partei, die sich tagtäglich in Versammlungen mit dieser Frage beschäftigen, unser Ziel und die Wege zum Ziel sehen.

Die planmäßige soziale Bevölkerungspolitik gehört auf den Schild der Partei, sie ist ein Stück Sozialismus. Es gilt gerade hier im Sinne des Antrages 104 Hamburg das positive und klare Herausstellen unserer kulturellen Forderungen, um nicht bei den Parteigenossen die Auffassung aufkommen zu lassen, daß wir nur Anträge stellen, aber nicht den nötigen Druck und Willen dahintersetzen und nicht klar und zielbewußt unsere Forderungen auch in politisch schwierigen Situationen verfolgen. In diesem Sinne habe ich den Antrag 227 vorgelegt. Ich bin mir klar, daß die Forderung einer planmäßigen sozialen Bevölkerungspolitik bei der heutigen politischen Struktur Deutschlands nicht mit einem Schlag erfüllt werden kann. Aber durch zähe zielbewußte Arbeit können wir langsam auf- und weiterbauen und das große Ziel erreichen, daß der gesunde Mensch die Grundlage eines gesunden sozialistischen Staates wird.

Prien-Dessau: Der Bericht der Reichstagsfraktion führt mitten hinein in die großen innen- und außenpolitischen Probleme. Hierzu einige kritische Bemerkungen! Wenn links eingestellte Genossen Kritik üben, so werden sie öfter unsanft angelassen. Jeder verständige Parteigenosse sollte sich, wenn Meinungsverschiedenheiten in unserer großen Partei vorhanden sind, darüber nur freuen, denn wir sind keine katholische Kirche, sondern eine vorwärtsstrebende Sozialdemokratie. Die links eingestellten Genossen müssen den Anspruch erheben, daß ihre Kritik ernst genommen wird, und vor allen Dingen muß man ihnen konzedieren, daß auch sie das Beste der Partei wollen. Wir sind Brüder und müssen einander helfen und dürfen nicht in Haß und Erbitterung aufeinander losschlagen.

Die Reichstagsfraktion hat ihren letzten großen Kampf gegen das unerhörte Steuer- und Zollattentat der vereinigten Reaktion geführt, der ein interessantes Schulbeispiel dafür ist, daß die Klassengegensätze stärker sind als alle schönen Ideologien. Die schwarzrotgoldene Front, die noch bei der Hindenburgwahl bestand, ist wie eine Seifenblase zerplatzt. Alles hat sich zusammengefunden, was am Steuer- und Zollwucher interessiert ist. Diese für uns parteiagitatorisch zweifellos sehr günstige Situation ist meinem Eindruck nach nicht genügend ausgenützt worden. Gewiß hat die Reichstagsfraktion fleißige Arbeit geleistet, ich vermisse aber den großen Schwung, den wir z. B. 1902 gesehen haben. Wenn auch die Situation zweifellos verändert ist, so muß doch ein inniger

Kontakt zwischen den Aktionen im Parlament und den Massen draußen hergestellt werden. Bedauerlicherweise hat sich gezeigt, daß dieser innige Kontakt fehlte, sonst hätten die Straßen schwarz von Menschen sein müssen. Es ging doch um Brot, um die Notdurft der Massen! Die Massen sind aber nicht so aufmarschiert, wie es nötig gewesen wäre. Ich erlaube mir die ganz bescheidene Frage an die Reichstagsfraktion, ob nicht doch der Gedanke an eine baldige Wiederkehr der großen Koalition und eine zarte Rücksichtnahme auf die feinen Nerven von Zentrum, Demokraten und Deutscher Volkspartei dafür maßgebend waren, den Kampf mit gedämpftem Trommelklang zu führen. Wenn die Massen auf die Straße gehen, ist dies für die Rechtsparteien sehr unangenehm. Dadurch hätte der Eindruck erweckt werden können, als ob wir nicht über die Formen verfügen, die im Verkehr mit diesen Parteien erwünscht sind.

Jetzt haben wir die zweite günstige Gelegenheit, und ich hoffe, diese wird mehr wahrgenommen als die erste. Wir stehen vor einem Kampf von gigantischem Ausmaß! Das Schulgesetz, das in der Form des Regierungsentwurfs geradezu mittelalterlich anmutet (sehr richtig!), ist das Honorar für das Zentrum, das seine Haltung in den Kämpfen um Steuern und Zöllen davon abhängig machte, daß ihm die Staatsschule, die Kinder des Volkes ausgeliefert werden. (Sehr richtig!) Der Entwurf der Regierung ist so mittelalterlich, daß er zweifellos später unter die Kulturkuriosa einrangiert wird. (Sehr richtig!) Das Dokument der Regierung ist zugleich ein Dokument der Schande unserer Zeit. Deshalb muß der Kampf gegen dieses Schandgesetz auf breitester Plattform mobilisiert werden. Aktion im Parlament, aber auch Aktionen im Volk! War jemals der Ruf berechtigt, das gesamte Volk zu mobilisieren, so ist er es hier, denn es geht um Sein oder Nichtsein, um die Kinder des Volks, um die deutsche Kultur. Ein Freund aus Oesterreich weilt unter uns. Die österreichische Sozialdemokratie hat uns in vorbildlicher Weise gezeigt, wie Opposition gemacht wird. Ich wünschte, daß wir in Deutschland anfangen „österreichisch" zu reden.

Ein anderer wichtiger Punkt ist die Reichswehr, die Scheidemann gestern vorzüglich geschildert hat. Der Zustand der Reichswehr erfordert aber nicht nur schöne Reden von uns, sondern nachdrücklichste Taten. Diese auf Schwarzrotgold vereidigte Reichswehr ist immer mehr ein nationalistischer Alpdruck für die Republik geworden. Wir begrüßen daher die Anträge, die die Reichswehr und Reichsmarine — wofür haben wir diese Kähne noch — abschaffen wollen. Selbstverständlich meinen wir nicht, man könnte ohne eine bewaffnete Macht auskommen. Diese aber darf in der Republik kein Heer mit Traditionskompagnien sein, denn das kann nur heißen, wilhelminische Tradition. Wir verlangen eine über jeden Verdacht erhabene, treu republikanische Wehr. Der Bock darf nicht zum Gärtner bestellt werden. Ich stelle mir vor, daß man eine republikanische Reichspolizei schaffen könnte, die auch bei Zwischenfällen die Grenzen schützen kann. Gewiß ist das zunächst nur Theorie, da wir zurzeit leider nicht stark genug sind, die Reichswehr abzuschaffen. Wenn wir aber auch nicht die Macht dazu haben, so stecken wir uns das doch als Ziel, und darum bitte ich die Reichstagsfraktion, auf die Abschaffung der Reichswehr und Reichsmarine, sowie den Aufbau einer sicheren republikanischen Reichspolizei hinzuarbeiten. Herr Geßler müßte sein Tellgeschoß finden, natürlich nicht wie sein Vorgänger in Schillers „Tell", sondern in Form eines parlamentarischen Treffers. Man sollte alles daran setzen, der Republik einen wirklich republikanischen Reichswehrminister oder künftigen Polizeiminister zu geben.

Ich bitte um verschärften Kampf für die Befreiung der politischen Gefangenen sowie um energische Schritte für die Abschaffung der Todesstrafe in Deutschland. Es ist in Deutschland nie so viel geköpft worden wie in der Republik. Das ist

eine Kulturschande. Wir fordern von der Reichstagsfraktion in dieser Richtung alle nur möglichen Schritte.

Wir sind heute in der Opposition. Es muß dies eine Opposition sein, die diesen Namen auch verdient. Wir müssen durch kraftvolle Opposition zu neuer Macht und damit einen Schritt weiter auf dem Wege zur Befreiung der Arbeiterklasse kommen.

Adams-Hamburg: Während Steuer-, Zoll- und Aufwertungsfrage das Volk in Anspruch nahmen, ist von der Regierung das ungeheuerlichste Attentat auf die Geistesfreiheit, auf die Schule ganz im geheimen vorbereitet worden. Der Reichsschulgesetzentwurf, der in Hamburg zuerst das Licht der Oeffentlichkeit erblickte, stellt den schwersten Angriff auf die Gewissensfreiheit dar. Zweifellos heimst jetzt das Zentrum den Kaufpreis für seine Haltung in den letzten Reichstagskämpfen ein. In dem Entwurf wird die Konfessionsschule bevorzugt, die Konfessionalisierung des Schulwesens soll in jeder Form durchgeführt werden, die weltliche Schule aber wird ganz hintenangestellt. Eine Durchbrechung verfassungsmäßiger Grundsätze ist in diesem Entwurf der Regierung Schiele deutlich zu sehen. Diese ungeheuerlichen Verfassungswidrigkeiten des Entwurfs müssen in dem kommenden Kampf nach jeder Richtung hin aufgedeckt werden. Angesichts der Kämpfe, denen das Proletariat auf diesem Gebiet ausgesetzt ist, wäre eine längere Zeit für die Besprechung der kulturellen Reaktion in Deutschland auf dem Parteitag wünschenswert, um aufzuzeigen, daß Kulturfragen in der Sozialdemokratischen Partei Fragen allerersten Ranges sind. Leider ist dies nur in sehr kurzen Umrissen möglich.

In den letzten Monaten haben wir schrittweise die kulturelle Reaktion zu spüren bekommen. Das Grundschulgesetz ist bekanntlich durchlöchert worden. Wir haben in Preußen konfessionelle Akademien bekommen, womit die Lehrerbildung zur Farce wird, da die religiöse Unterweisung auf diesen Akademien wiederum Trumpf ist. Die kulturelle Reaktion rührt sich auch in andern Ländern, vor allen Dingen in Thüringen, Bayern und Mecklenburg. Darüber hinaus steht aber heute der Reichsschulgesetzentwurf im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Wenn wirklich die Sozialdemokratie eine Kulturpartei ist, müßte hier das Exempel statuiert und die Massen vom Vorstand, von der Fraktion, aber auch von allen Bezirksorganisationen aus zum entschlossenen Kampf gegen dieses Gesetz mobilisiert werden. (Sehr richtig!) Wir hoffen, daß das in den nächsten Wochen und Monaten der Fall sein wird. Mindestens ebenso wichtig wie alle Wirtschaftsfragen ist es, daß unsere Kinder nicht der Gewalt der Kirche und ihren Uebergriffen ausgeliefert werden.

Hinter diesem Reichsschulgesetzentwurf steht drohend das Reichskonkordat, das die Uebertragung des bayerischen Konkordats auf das Reich vollziehen wird. Dann wird nicht nur die Volksschule, die durch das Reichsschulgesetz in ungeheure Mitleidenschaft gezogen ist, des Charakters der Staatsschule entkleidet und der Kirche ausgeliefert, sondern auch die höhere Schule. Im Entwurf sind eine Reihe von Bestimmungen enthalten, die die weltliche Aufsicht in der Schule durchbrechen und die kirchliche wieder einsetzen, was verfassungswidrig ist. Durch den Genossen Sänger haben wir leider erfahren, daß sich die andern Parteien nicht dazu aufraffen konnten, die Verfassungswidrigkeit des bayerischen Konkordats zu bezeugen. Dasselbe müssen wir leider auch gegenüber dem Reichsschulgesetzentwurf befürchten, denn das Kompromiß ist voraussichtlich schon vorher mit dem Zentrum geschlossen. Soweit aber kann unsere Liebe zum Zentrum nicht gehen, daß wir auf kulturellem Gebiet, auf dem Gebiet der Schule, Konzessionen machen können. Gestern ist gesagt worden: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Dieses zweifellos richtige Wort wird vom

Zentrum viel entschiedener aufgefaßt als von der Sozialdemokratie. Es ist vielleicht am beklagenswertesten, daß wir seit dem Ausbruch der Revolution nicht begriffen haben, daß wir uns entschieden für die Kultur einzusetzen haben, daß gerade auf diesem Gebiet moralische Eroberungen größten Maßstabs zu machen sind, wenn nur der Nachdruck aller Parteiinstanzen auf diesem Gebiete viel größer als bisher sein würde.

In der Entschließung Nummer 234 von dem Genossen Löwenstein wird eindringlich dargelegt, wie nach Annahme des Reichsschulgesetzes die Ausschaltung Deutschlands aus der europäischen Kulturentwicklung vor sich gehen wird und wir zu mittelalterlichen feudalen Zuständen wieder kommen werden. Das mag vielleicht dem einen oder anderen übertrieben erscheinen, es ist aber richtig, und ich wünsche, daß diese Resolution und nicht eine schwächere, die in Vorbereitung sein soll, angenommen wird. Auf diesem Gebiete darf es nicht die geringste Rücksichtnahme auf andere Parteien geben. Wir haben in den letzten Jahren schon zuviel Rücksicht genommen. Wir haben das üble Schulkompromiß geschlossen, weil das Zentrum es verlangte, und es ist zu wünschen, daß sich solche Kämpfe kultureller Art nicht wiederholen. Der Weg zur geistigen Freiheit darf uns nicht verschlossen werden. Das Reichsschulgesetz bedeutet einen Dolchstoß gegen den Sozialismus. Darum muß der Kampf mit allen Mitteln geführt werden, und zwar nicht nur für und durch den Lehrer, sondern im Interesse des ganzen Volkes von den breiten Massen des Proletariats.

Ich bitte Sie, auch unsern Anträgen 114 und 115, die sich mit der Bodenfrage beschäftigen, zuzustimmen. Eine Statistik über die Bodenverhältnisse wird zur Aufklärung des Volkes viel beitragen. Die Richtlinien für die Bodenreform müssen im Reichstag mit großer Energie durchgesetzt werden. Es würde einen großen Fortschritt bedeuten, wenn es gelänge, den Artikel 155 der Reichsverfassung, die Bodenreform, durchzuführen.

Loeb-Frankfurt a. M.: Wir sind damit einverstanden, wenn unsere Anträge 100 und 103 der Reichstagsfraktion als Material überwiesen werden. Für den Antrag 140, der die Ablehnung des Etats der Reichswehr verlangt, hat Genosse Scheidemann gestern in so wohlgeformten Worten eine so glänzende Begründung gegeben, so daß ich dem nichts mehr hinzuzufügen brauche.

Die Genossen sollten es nicht unterlassen, die Verhandlungen des Bankiertages in den bürgerlichen Zeitungen zu lesen. Daraus erfährt man nämlich, daß über die Frage der künftigen Geldpolitik zwischen den Bankiers und dem Reichsbankpräsidenten ein Unterschied kaum besteht, wohl aber zwischen der Auffassung der Industrie bzw. Landwirtschaft und derjenigen Kreise, die an einer Kreditverbreiterung Interesse haben. Die Stabilisierung der deutschen Wirtschaft wird auf dem Rücken der deutschen Arbeiterklasse vorgenommen. Im Frieden saßen die Großbanken in der Mehrheit in den Aufsichtsräten der deutschen Industrie, seit der Inflationszeit ist die Industrie in die Aufsichtsräte der Banken eingedrungen. Der Vorstoß von Hugo Stinnes in die Berliner Handelsgesellschaft und der Erwerb der Merkurbank durch Barmat waren Zeichen dafür, daß die Industriekräfte ihre Zeit für gekommen hielten, um die Arbeit des Finanzkapitals zu übernehmen. Ich bitte die Reichstagsfraktion, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß heute das deutsche Unternehmertum versucht, bei dem Abbau die bodenständigen Elemente zu behalten, d. h. diejenigen, die ein bäuerliches Rückgrat haben, und diejenigen, die im Industrieproletariat gewerkschaftlich verankert sind, zu entlassen. Die chemischen Fabriken verpflanzen große Teile ihrer Betriebe in landwirtschaftliche Gegenden. Bei Behandlung der Politik der deutschen Wirtschaft und deren Elend beginnen wir immer wieder über die Frage zu straucheln: Wer trägt die Schuld? Man darf sich nicht mit dem Ruf der deutschen Banken nach Herabsetzung des Zinssatzes für

öffentliche Gelder ködern lassen. Wie auf dem Bankiertag für Privatbanken eine Risikoprämie verlangt wird, so müssen auch die öffentlichen Banken eine Risikoprämie haben. So groß, daß sie die Genialität des Präsidenten der Preußischen Staatsbank bezahlen kann, wird es diese Risikoprämie auf dem deutschen Wirtschaftsmarkt allerdings nicht geben.

Ich habe für die Thüringische Staatsbank den Grundsatz aufgestellt: Was dem einzelnen Staatsbürger recht ist, ist der Gesamtheit, dem Staate, billig. Gerade die beiden Banken, die von sozialistischen Ländern gegründet und geführt waren, waren an den Barmat- und Kutisker-Krediten nicht beteiligt. Dort hat man scheinbar die Schwächen der Barmat-Konzerne früher erkannt als anderswo. (Zuruf: Warum haben Sie das nicht früher gesagt?) Ich bin gerne bereit, meinen Schriftwechsel von 1923 darüber vorzulegen.

Wir haben seit 1919 einen riesenhaften Zustrom landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in die Industrie. Die deutsche Industrie ist übervölkert. Die Betriebe, die während der Inflation herausgewachsen sind, der Prokurist, der sich mit dem Werkmeister selbständig gemacht hat, aber keine Existenzberechtigung besitzt, muß verschwinden. Die inflationistische Gestaltung der deutschen Wirtschaft muß auf das normale Maß zurückgesetzt werden, das wir ertragen können. Man soll nicht sagen, wir brauchen die Betriebe zum Export, wir müssen exportieren, um unsere Handelsbilanz stabil zu gestalten. Ich sage: wir müssen nicht exportieren, wir müssen, wenn wir die deutsche Wirtschaft retten wollen, im Inland normal verbrauchen und von dem Luxusverbrauch abkommen, der sich in Deutschland breitgemacht hat. Man muß heute schon für eine weitgehende Siedlungspolitik sorgen, die die überflüssigen Industriearbeiter aus der Stadt aufnimmt, und dadurch für eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion sorgen, so daß wir unabhängig werden. Das ist eine Aufgabe, die des Schweißes der Besten wert ist. (Beifall.)

Moses-Berlin: In einem Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion gerade auf diesem Parteitag müßte auch die Frage erörtert werden, wie sich unsere Fraktion zu den Vorkommnissen der letzten Zeit im Reichstag und zum parlamentarischen System überhaupt einzustellen hat. In der Beurteilung dieser Frage gehen die Meinungen auseinander. Die Kommunistische Fraktion hat in der letzten Zeit in steigendem Maße in bezug auf die Diskreditierung des Parlaments den höchsten Grad der Vollendung gezeigt. Was sie bei der Beratung der Zollvorlage getrieben hat, war nicht Obstruktion, sondern bewußte Sabotage am parlamentarischen System, eine Radaupolitik, die nichts mit Empörung und Entrüstung zu tun hat. Wenn die bürgerliche Mehrheit des Reichstages zu Mitteln greift, die auch wir verurteilen, wenn Abgeordnete mit Polizeigewalt aus dem Saal entfernt werden, so ist das tief bedauerlich. Wenn aber diese kommunistischen Abgeordneten im Lande herumreisen und sich als Märtyrer feiern lassen, dann muß in unserer Presse und in Versammlungen ausgesprochen werden, daß die Arbeiterschaft an einer solchen Diskreditierung des Parlaments kein Interesse hat. Wenn die Kommunisten in Gemeinschaft mit den Völkischen diese Lächerlichmachung des Parlaments zum System erheben, so ist das im Sinne ihrer Politik. Wir haben aber andere Dinge zu tun, als das Kesseltreiben gegen den Reichstag mitzumachen. Man kann nicht vier Jahre lang der Wählerschaft den Reichstag verekeln und lächerlich machen, um der Wählerschaft nachher von der großen Bedeutung der Wahlen zum Reichstag zu reden. Es scheint aber, als ob auch unsere Fraktion und unsere Presse sich diese kommunistische Mentalität so weit schon zu eigen gemacht hat, daß von dieser Art, Politik zu treiben, deutlich abgerückt werden muß. Das liegt im Interesse unserer Partei. Auch hier haben sich die Dinge in den letzten Jahren sehr verändert, und auch ich habe meine Ansicht in dieser Beziehung revidiert. Wenn mir aber vorgehalten wird, was ich früher darüber

geäußert habe, und wenn ich gefragt werde, wo die politische Konsequenz bleibt, dann antworte ich:

Wer heute klüger ist als gestern
Und es mit frohem Mut bekennt,
Den werden Biedermänner lästern
Und sagen, er sei inkonsequent.

Auch wir halten dies Parlament nicht für der politischen Weisheit letzten Schluß, wir wollen aber an der Besserung und Umgestaltung dieser Art von Parlamentarismus arbeiten.

Noch ein Wort über die Kritik, die man in unseren Reihen an der Tätigkeit der Reichstagsfraktion übt. In unserer Fraktion wird jedem der weiteste Spielraum der Kritik gelassen. Aber eine Kritik in der Oeffentlichkeit muß ihre Grenzen haben. Es kann Zeiten geben, wo auch eine sachlich berechtigte Kritik schweren Schaden anrichtet. Jeder Anschluß an eine programmatisch festgelegte Partei und Fraktion schließt ein Opfer eigener Individualität in sich. Das ist die Voraussetzung ersprießlicher Wirksamkeit in einer Fraktion. Darum sei auch hier die Mahnung an die Parteigenossen gerichtet, in der Kritik an der Tätigkeit unserer Fraktion etwas zurückhaltender zu sein. Von der Entschlossenheit der Arbeiterschaft im Kampf um unsere Ziele wird es abhängen, wie wir unsere Macht im Parlament ausüben können. (Beifall.)

Lina **Schaerli**-Stuttgart: Zum Antrag 233 möchte ich sagen, daß wir uns bewußt sind, daß die Möglichkeit, das Abstimmungsergebnis der männlichen und der weiblichen Wahlberechtigten besonders festzustellen, für die Länder und die Gemeinden jetzt schon besteht. Wir wünschen aber, daß das für die nächsten Wahlen zu einer Verpflichtung gemacht wird. Ich glaube, daß die Vorteile hierbei die Schattenseiten überwiegen. Einige Genossinnen fürchten sich vor dem Ergebnis dieser Feststellung, da bei einem schlechten Wahlausfall gesagt werden könnte, daß die Frauen daran schuld sind, und das brauche man sich nicht noch schwarz auf weiß bestätigen zu lassen. Das ist eine falsche Einstellung. Wir müssen den Tatsachen in die Augen sehen. Der Vorteil einer getrennten Abstimmung liegt für uns darin, daß wir die schwachen Stellen in unserer Organisation erkennen und dann mit unserer Agitation einsetzen können. Wird bei einer künftigen Wahl festgestellt, daß die Genossen mit ihrem Vorwurf recht haben, so bedeutet das für uns keine Schande. Dann müssen eben die Konsequenzen bei der Agitation daraus gezogen werden, denn wir sehen, in welchem Bezirk oder Ort der Boden für unsere Agitation günstig ist oder nicht. Das Wahlergebnis könnte auch so ausfallen, daß die Frauen den Männern beweisen, daß sie ihre Pflicht getan haben und die Vorwürfe unberechtigt sind.

Ein anderer Einwurf könnte sein, daß bei einer getrennten Abstimmung in kleinen Landesbezirken das Wahlgeheimnis nicht mehr in dem wünschenswerten Maße gewahrt würde. Das könnte man vielleicht mit einer starken Einschränkung gelten lassen, es wird aber nicht so schwer in die Wagschale fallen. In verschiedenen Teilen des Deutschen Reiches haben schon getrennte Abstimmungen stattgefunden. Daher glauben wir, daß für eine Durchführung dieses Wahlmodus kein unüberwindliches Hindernis besteht, und ich bitte Sie daher, diesem Antrage zuzustimmen.

Noch ein paar Worte zu den Anträgen 114 und 115, die von Hamburg gestellt sind. Die Bodenfrage ist eine der brennendsten der Gegenwart und ebenso die Wohnungsfrage. Hier liegen die Wurzeln einer Reihe von Klagen der Menschheit. Tausende von Menschen sind in engen Wohnungen untergebracht. Große Summen, die für Bekämpfung der Tuberkulose usw. ausgegeben werden müssen, könnten bei gesunden Wohnungen besseren Zwecken zugeführt werden. Die moralischen Schäden, die unserer Jugend infolge der

Zusammenpferchung zugefügt werden, sind unberechenbar. Wir müssen daher alles tun, um die in der Verfassung niedergelegte Versprechung, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung zu geben, in die Wirklichkeit umzusetzen. Alle Wege, die dazu führen, müssen wir gehen, und die Anträge 114 und 115 sind mit ein solcher Weg. Darum bitte ich Sie, diesen Anträgen zuzustimmen. (Beifall.)

Zimmer-Saarbrücken: Genossinnen und Genossen! Gestatten Sie mir, daß ich Sie einmal in unsere politische Werkstatt an der Saar führe. Wenn wir auch ein Glied innerhalb der großen deutschen Sozialdemokratie sind, so ist doch den meisten der Anwesenden bekannt, daß wir mit der Gesamtpartei eigentlich nur noch in organisationspolitischem Zusammenhang stehen. Damit will ich nicht sagen, daß wir an der Saar uns für das politische Geschehen im Reich weniger interessieren. Das Gegenteil ist der Fall. Deshalb, weil wir neben der klaren Erkenntnis der Bedeutung des staats- und gesellschaftspolitischen Geschehens im Hinblick auf unser sozialistisches Endziel noch die Ueberzeugung besitzen, daß die endliche Regelung des Saarproblems im Sinne der deutschen Saarbevölkerung und im Sinne einer friedlichen Entwicklung zwischen Deutschland und Frankreich auf das engste verknüpft sein wird mit dem innerpolitischen Geschehen im neuen Deutschland. Gerade diese endliche Regelung des Saarproblems hat immer unsere Partei- und Verwaltungspolitik an der Saar aufs stärkste mitbestimmt. Nicht etwa aus spießbürgerlich-nationalistischem Bestreben heraus, sondern im Bewußtsein der Verantwortung für das Wohl des Saarvolkes, für seine politischen und demokratischen Rechte, aber auch, wo es not tut, für seine nationalen Rechte, ist die Taktik unserer Partei geleitet. Daß auch für uns als Sozialdemokraten an der Saar die aus den besonderen Verhältnissen der Grenzgebiete sich ergebenden sogenannten deutschen Belange den Kompaß abgeben für das Wegziel des nächsten Jahrzehnts, ist so selbstverständlich, daß ich darüber nichts weiter zu sagen brauche. Wenn ich es erwähne, so nur deshalb, weil sich in dem interparteilichen Zusammenarbeiten an der Saar zwischen uns und den bürgerlichen Parteien im letzten Jahre eine einschneidende Aenderung vollzogen hat. Die Sozialdemokratische Partei ist aus den interparteilichen Ausschüssen ausgetreten — eine Tatsache, die weit über das Saargebiet hinaus, insbesondere auf bürgerlicher Seite, höchstes Erstaunen und zum Teil eine sehr scharfe Kritik hervorgerufen hat. Eine Kritik, die oft und bis heute noch, in die gemeinsten Beschimpfungen und Verdächtigungen gegenüber der sogenannten nationalen Zuverlässigkeit der saarländischen Sozialdemokratie ausmündet. Ich stelle demgegenüber ausdrücklich fest, daß der partei- und staatspolitische Kurs der Sozialdemokratischen Partei an der Saar von der ersten Stunde unseres politischen Exils bis heute unverändert der gleiche geblieben ist. (Bravo!) Es ist der Kurs, dem als oberstes Ziel stets der Kampf um das deutsche Saargebiet vorschwebte, der unserer Redaktion schon drei Redakteure gekostet hat (hört, hört!) und dem es eigentlich erst zu verdanken war, daß in des Saarlands schwerster Stunde überhaupt ein interparteiliches Zusammenarbeiten möglich wurde. Es ist aber auch der Kurs, bei dem trotz aller Wertschätzung des rein Staatspolitischen nie die Verantwortung für die konkreten Belange des werktätigen Volkes an der Saar vergessen wurde. Dieses Verantwortungsgefühl war es denn auch, das uns eines Tages zwang, die von uns geschaffene Einheitsfront zu verlassen. In dem Moment zu verlassen, als der prominenteste Vertreter der bürgerlichen Parteien im Saargebiet, der Großindustrielle Röchling, dazu überging, seinen Einfluß, den er gerade diesem interparteilichen Ausschusse verdankte, dazu auszunutzen, um unter Androhung brutalster Maßnahmen gegenüber dem schaffenden Volk an der Saar seinen eigenen Wirtschafts- und Profitinteressen zu dienen.

Was nun unsere Politik im letzten Jahr angeht, so kann ich sagen, daß

wir uns über jegliche Kritik, insbesondere von bürgerlicher Seite, erhaben dünken können. Unsere Parteipolitik an der Saar war und ist heute noch bestimmt durch unsere Auffassung, daß das Saarproblem unter den Verhältnissen, wie sie heute an der Saar bestehen, geradezu einen Skandal bedeutet. (Lebh. Zustimmung.) Wir können es einfach nicht verstehen, daß das Saarland in einer Zeit, in der man fast in ganz Europa das hohe Lied von Volksrechten und Demokratie singt, um ein ganzes Jahrhundert zurückgeworfen sein soll und daß man uns dazu noch alle die Rechte vorenthält, deren Gewährung durch den Friedensvertrag nichts im Wege steht. (Hört, hört!) Dafür nur einige Beispiele. Wir haben im Saargebiet als Volksvertretung einen Landesrat, dessen politische und parlamentarische Rechte geradezu einen Hohn auf den Namen Volksvertretung bedeuten. Hinzu kommt, daß beim passiven Wahlrecht ein Unterschied zwischen Bürger erster und zweiter Klasse gemacht wird. Wer zufälligerweise — um mich einmal spöttisch so auszudrücken — bei seiner Geburt im Saargebiet nicht anwesend war, sondern irgendwo im Reich zur Welt kam, der kann, auch wenn er schon 70 Jahre ununterbrochen im Saargebiet wohnt, heute noch nicht ins Parlament gewählt werden. (Hört, hört!) Nun sage mir einer, welche sachlichen und moralischen Gründe angeführt werden können, um eine solche Ausnahmebestimmung zu rechtfertigen, wenn man auf der anderen Seite bedenkt, daß der Verwaltungsapparat der Regierungskommission international zusammengesetzt ist. (Lebh. Zustimmung.) Das Saarvolk wird weiter heute noch für unwürdig gehalten, seinen Vertreter in der Regierungskommission selbst zu wählen. (Hört, hört!) Ist es nicht ein Hohn auf die primitivsten Begriffe von Demokratie, wenn die fremden Regierungskommissare an der Saar den dem Saarvolk zugestandenen Vertreter in der Regierungskommission aus eigener Machtvollkommenheit bestimmen und durch den Völkerbundsrat einsetzen lassen? Wir hoffen, daß die in Genf durch den französischen Außenminister Briand gemachten Zugeständnisse nun endlich verwirklicht werden. Sollte dies der Fall sein, dann ist auch dies nur der Tätigkeit und der politischen Einstellung der Sozialdemokratie an der Saar zu danken, die beim Völkerbunde stets eine offene Türe gefunden hat. Wir hoffen weiter, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unter Ausnützung der gegenwärtig günstigen außenpolitischen Situation sich in möglichst kurzer Zeit vollzieht, weil wir dann den besten Anwalt an der höchsten über uns zu entscheidenden Stelle haben, was vielleicht für uns von einem heute noch nicht abzuschätzenden Werte sein wird. (Sehr richtig!) Wir erwarten weiter, daß der demokratisch-republikanische Geist des jungen Deutschland einen immer größeren Aufstieg nimmt, damit wir, wenn in zehn Jahren die Tore der deutschen Republik für unsere Heimkehr offen stehen, damit gleichzeitig den Einzug feiern können in ein neues, auf Frieden und Demokratie aufgebautes geeinigtes Europa. Daß auch der diesjährige Parteitag diesem hohen Gedanken dienen möge, ist unser besonderer Wunsch im Saargebiet. Wir werden uns wie bisher bemühen, Brücken zwischen hüben und drüben zu schlagen, und wir wissen uns darin einig mit unseren Genossen im Reich. Wir werden deshalb auch in Zukunft unbekümmert um alle Verdächtigungen unseren Weg weitergehen, der uns führen soll in eine neue Zeit mit dem neuen Geist des Schwarz-Rot-Gold. (Lebh. Beifall.)

Karsten-Peine: Der Genosse Keil hat in seinem Bericht auch davon gesprochen, daß in der verflossenen Tagung des Reichstags die Gesetzgebung außerordentlich überstürzt gewesen ist. Diese überstürzte Arbeit hat aber auch dazu geführt, daß sehr wichtige politische Fragen aus der öffentlichen Diskussion so gut wie ausgeschaltet worden sind, Fragen, die wir in früheren Jahren ausführlich behandeln konnten. Die Reichstagsfraktion hat eine umfangreiche Arbeit geleistet; aber diese Arbeit hat doch nicht den Resonanzboden in der Oeffentlichkeit gefunden, den sie eigentlich verdiente. Auch die Tätigkeit unserer

Gegner und der schwere Schaden, den sie der Arbeiterschaft zugefügt haben, konnten nicht so gewertet werden, wie wir es wünschten. Eine der wichtigsten Fragen ist die sozialpolitische Frage. Sie war vor dem Kriege, ich möchte fast sagen, eine der entscheidendsten Fragen, die unsere Partei beherrschten. Heute ist das leider zu einem Teil anders geworden. Die Sozialpolitik mußte bei der Fülle der gesetzgeberischen Arbeiten und infolge der Neuorientierung naturgemäß zurücktreten. Aber das darf nicht immer so bleiben. Auf diesem Gebiete muß sich ein Wandel vollziehen, weil ja die sozialpolitischen Fragen Fragen der Arbeiterschaft sind, deren Interessen wir zu vertreten haben. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik sind in den letzten Jahren außerordentlich wichtige Gesetze verabschiedet worden und andere harren ihrer Erledigung. Aber die verabschiedeten Gesetze und die neuen Gesetzentwürfe atmen nicht den Geist der neuen Zeit. Wenn in früheren Jahren Pläne der Reaktion auf Rechtlosmachung der Arbeiter in der Sozialversicherung auf der Tagesordnung gestanden hätten, wie das heute der Fall ist, dann würde sicherlich unsere Parteiorganisation in einer ganz anderen Weise dagegen Front gemacht haben.

Wir haben nun in dem Antrag Nr. 232 versucht, die Fragen der Sozialpolitik nicht nur auf dem Parteitag, sondern auch draußen in den Parteiorganisationen zur Erörterung zu stellen. Wenn auf sozialpolitischem Gebiet etwas durchgesetzt werden soll, dann bedarf es dazu nach unserer Auffassung des notwendigen Resonanzbodens in der breitesten Oeffentlichkeit. Nur dann, wenn stürmisch auf Aenderung und Besserung gedrängt wird, ist Aussicht vorhanden, daß eine solche Aenderung eintritt. Die gesamten bürgerlichen Parteien befinden sich heute immer noch in den alten Geleisen; sie betreiben immer noch die unverantwortliche Organisationsspielerei auf dem Gebiete der Sozialversicherung, Versorgung und Fürsorge. Ja, sie versuchen, darüber hinaus noch weitere Organisationszersplitterungen durchzuführen. Durch die Schaffung von besonderen Berufskrankenkassen will man die bisherige Zersplitterung noch verstärken. Damit würde die Leistungsfähigkeit der allgemeinen Ortskrankenkassen völlig untergraben. Was wir heute auf dem Gebiete der Sozialversicherung und Versorgung sehen, ist doch ein derartig sozialer Widersinn, daß wir dagegen mit allen Mitteln ankämpfen müssen. Man betrachte sich nur die verschiedenartigen Leistungen, die von den verschiedenen Organisationsträgern gegeben werden und die ohne jeden zwingenden sozialen Grund unterschiedlich gestaltet sind! Was ist es für ein Unsinn, dem kranken Arbeiter 26 Wochen lang ein Krankengeld zu geben und dieses Krankengeld nach der 26. Woche in eine Invalidenrente umzuwandeln, die vielleicht den vierten oder fünften Teil oder noch weniger des früheren Krankengeldes ausmacht. Welche Ungerechtigkeit liegt darin, daß jemand, der durch Krankheit invalide wird, eine viel niedrigere Rente bekommt als derjenige, der durch einen Unfall Schaden erlitten hat! Derselbe Widersinn liegt vor, wenn jemand, der im Kriege seine gesunden Knochen eingebüßt hat, anders behandelt wird als derjenige, der durch einen Betriebsunfall zu Schaden gekommen ist, wenn Erwerbslose anders behandelt werden als diejenigen, die krank sind. Welcher Unterschied besteht nicht heute zwischen der Fürsorge in der Krankenversicherung und in all den verschiedenen sozialen Einrichtungen! Heute werden Organisationen geschaffen nach dem Stande der Versicherten und dem Grunde der Hilfsbedürftigkeit. Nicht nach dem Grade der Hilfsbedürftigkeit wird Hilfe gewährt, sondern man fragt nach dem Grunde der Hilfsbedürftigkeit. Für uns muß bei der Bemessung der sozialen Leistung in erster Linie der Grad der Hilfsbedürftigkeit maßgebend sein. Es ist Zeit- und Geldverschwendung, wenn heute Arbeiter und Angestellte in drei, vier verschiedenen Kassen ihre Beiträge zahlen. (Sehr richtig!) Diese Organisationszersplitterung führt zu einem ungeheuren Verwaltungskostenaufwand; sie führt weiter dazu, daß der Rechtsweg in der sozialen Gesetzgebung

so undurchsichtig ist, daß sich niemand mehr darin auskennt. Ist es notwendig, daß jemand darum, weil er ein Kriegsbeschädigter ist, einen anderen Rechtsweg zu beschreiten hat als derjenige, der glaubt, in der Krankenkasse nicht gerecht behandelt worden zu sein? (Sehr richtig!) Ist es notwendig, daß derjenige, der einen Unfall erlitten hat, wieder einen anderen Rechtszug hat als derjenige, der in einer Angestelltenversicherung sein Recht sucht? Es ist doch ein Skandal, daß die Arbeitsveteranen, weil sie eine außerordentlich verschiedene Invalidenrente bekommen und davon nicht leben können, durch die Fürsorge unterstützt werden und in dieser Fürsorge so gut wie rechtlos gemacht sind, fast gar kein Mitbestimmungsrecht auf die Festsetzung der Leistungen haben, aber auch völlig ausgeschlossen sind vom Beschwerdeverfahren. Namentlich in der Fürsorge muß endlich einmal durchgegriffen werden, die Fürsorge muß den allgemeinen Versicherungs- und Versorgungsgesetzen angegliedert werden. (Lebh. Zustimmung.)

Wir sollen die Sozialpolitik nicht unterschätzen. Ich bin der Meinung: Eine gesunde Sozialpolitik ist das beste Mittel zur Festigung der Republik. Je mehr die Republik einen sozialen Inhalt bekommt, um so mehr werden die Arbeiter sich mit den heutigen Staatsverhältnissen solidarisch fühlen. (Lebh. Zustimmung.) Nur wenn wir der Republik einen sozialen Inhalt geben, werden wir sicher sein können, daß dieser Republik von seiten der Monarchisten und Reaktionäre kein entscheidender Schaden zugefügt werden kann. Wir verlangen in unserem Antrag, daß endlich die Sozialversicherung entsprechend den heutigen Verhältnissen einer Reform unterzogen wird, daß die bestehende Zersplitterung beseitigt und an die Stelle der Vielgestaltigkeit, des Organisationswirrwarrs eine einheitliche großzügige Sozialversicherungs- und Versorgungsorganisation tritt. Wenn unsere Partei sich in den nächsten Jahren mehr als bisher bemüht, von außen her einen größeren Druck auf die Sozialgesetzgebung auszuüben, dann wird die Reichstagsfraktion einen stärkeren Rückhalt in ihrem Kampfe finden als bisher. Nicht wir sind letzten Endes in der Fraktion verantwortlich dafür, daß das eine oder andere, was wir fordern, nicht durchgeführt wird, sondern auch die breiteste Oeffentlichkeit ist verantwortlich. Sie aufzurufen, ist unsere Pflicht, dann wird auch die soziale Gesetzgebung besseren Inhalt erhalten. (Lebh. Beifall.)

Löwenstein-Berlin: Es gehört zu den schlechtesten Traditionen unserer Parteitage, daß die schul- und kulturpolitischen Fragen nur als Anhängsel behandelt werden. Es gehört aber zu den auffälligsten Dingen des diesjährigen Parteitages, daß weder der Vorsitzende, der die allgemeinen politischen Richtlinien entwickelte, noch der Berichterstatter der Reichstagsfraktion die kulturpolitischen Keulenschläge, die augenblicklich gegen die Sozialdemokratie und gegen das gesamte freiheitlich denkende Volk in Deutschland geführt werden, erwähnt hat. Diese Tatsache wird nicht nur bei denen, die sich berufsmäßig oder politisch mit diesen Fragen zu befassen haben, sondern in der gesamten Parteigenossenschaft und darüber hinaus in der gesamten kulturell interessierten Welt Erstaunen hervorrufen. (Sehr wahr!) Denn das bayerische Konkordat, die konfessionelle Lehrerbildung in Mecklenburg und in Preußen, die erstrebt werden soll, und der neue Reichsschulgesetzentwurf sind wirtschafts- und kulturpolitische Fragen im höchsten Sinne des Wortes. Es ist schon seinerzeit aufgefallen, daß wir im Reichstage zwar eine Resolution gegen das Konkordat einbrachten, die der Genosse Sänger mit aller Schärfe vertreten hat, daß aber dieser Kampf doch sozusagen mit schleppenden Zügeln geführt wurde. Es ist seit den Weimarer Tagen unser Schicksal gewesen, daß wir diese Kämpfe mit schleppenden Zügeln führen mußten. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß das tiefere Ursachen hat. Es liegt nicht an dem mangelnden kulturpolitischen Interesse, nicht an dem Mangel an Bewegung inner-

halb unserer Partei, sondern an gewissen politisch taktischen Einstellungen. Ueber diese politisch taktischen Einstellungen haben wir um so mehr zu reden, als gerade vom Referenten mit guten Gründen gesagt worden ist, daß taktische Einstellungen immer elastisch sein müssen. In der Einstellung zu den Kulturfragen sind wir nach meiner Meinung leider nicht elastisch gewesen, sondern haben, nachdem die Grundlage des Weimarer Kompromisses gelegt worden war, von der Johannes Hoffmann einmal sagte, daß man zwar Verständnis für die Taktik haben könne, daß man sie aber nie entschuldigen und nie werde überwinden können, immer eine sehr einheitliche Linie verfolgt, nämlich die Linie der möglichst größten Zurückhaltung. Die Grundlagen des Weimarer Kompromisses sind durch diesen Reichsschulgesetzentwurf zerschlagen worden, und zwar nicht zu unseren Gunsten, sondern zugunsten der anderen, zerschlagen worden nicht nur von den Deutschnationalen, gegen die wir den Kampf gewiß richten müssen, sondern vor allen Dingen von der eigentlichen Verfassungspartei, vom Zentrum selbst. (Sehr richtig!) Der Gedanke der großen Einheitsschule war ein demokratischer staatspolitischer Gedanke, nicht nur ein sozialistischer, und er fand seine Unterlage in dem Weimarer Kompromiß. Der neue Reichsschulgesetzentwurf macht diese einheitliche Schule des deutschen Volkes völlig zunichte.

Was in der Verfassung als Regelschule verankert ist, kann höchstens in wenigen Fällen als Ausnahme durchgeführt werden. Die Verbindung mit dem Zentrum hatte staatspolitische Gründe, die Einheit des deutsches Volkes zu schaffen und zu erhalten. Hier ist die Grenze, wo selbst die Argumente derer, die die staatspolitischen Gründe in den Vordergrund stellen, hinfällig werden; denn das Zentrum zerbricht diese Unterlage mit vollem Bewußtsein im Interesse seiner engeren kulturpolitischen Ziele, und zwar in einer Weise, daß, wenn wir den Kampf dagegen nicht eröffnen, wir auf Jahrzehnte hinaus keine einheitliche, keine soziale, keine Kulturschule aufbauen können. (Sehr richtig!) Der Entwurf ist nicht einfach ein Gesetzentwurf wie jeder andere, sondern er hat mit festen Klammern alles das schon verankert, was sonst nach der Verfassung erst erobert werden müßte. Nach der Verfassung ist die Konfessionsschule als Sonderschule auf Antrag der Erziehungsberechtigten einzurichten. Dieses Antragsverfahren wird, wenn der Entwurf Gesetz wird, nicht mehr nötig. Alle der Konfessionsschule wesensähnlichen Schulen werden mit einem Federstrich zu Konfessionsschulen gemacht, nicht auf Antrag der Erziehungsberechtigten, sondern durch das Gesetz. (Sehr richtig!) Dann sind $^{9}/_{10}$ aller Schulen in Preußen Konfessionsschulen, in Bayern alle mit wenigen Ausnahmen, ebenso in Mecklenburg. Nur in Hessen und Baden wird eine Ausnahme gemacht. Der Genosse, der von Hessen gesprochen hat, darf nicht glauben, daß wir die Dinge nur von Berlin und Sachsen aus beurteilen, daß Baden und Hessen verschont bleiben. Auch die Simultanschule in Hessen ist nicht nur gefährdet, sondern überwunden. Denn wenn schon 60 Erziehungsberechtigte in Stadt und Land den Antrag auf Einrichtung einer Konfessionsschule stellen können und diese dann eingerichtet werden muß, dann bedeutet auch das die Zerschlagung der hessischen und badischen Simultanschule. Es genügt nicht nur, daß wir diesen Entwurf bekämpfen, sondern wir müssen auch das Zentrum bekämpfen, in dem die geistigen Väter dieses Entwurfs sitzen. (Sehr richtig!) Die Partei muß dem Zentrum sagen, daß durch diese seine Schulpolitik die Unterlagen jeder Zusammenarbeit gefährdet werden, daß dieses Vorgehen weit entfernt ist von den Unterlagen, die uns einst mit dem Zentrum zusammengeführt haben. Kommen Sie uns nicht, daß in den großen Massen kein Verständnis für diesen Kampf wäre, und daß die Massen die Konfessionsschule haben wollten. An sich wäre das überhaupt kein Argument. Es gibt keine Demokratie der

Ueberzeugung. Ich glaube, Hermann Müller wird mit mir einverstanden sein, — er nickt mir zu; ich habe es auch nicht anders erwartet. Wenn die Dinge so stehen, dann haben wir unser Kulturziel gegenüber den andern durchzusetzen, auch wenn die Massen noch nicht diese Erkenntnis gewonnen haben. Unsere Kultur baut sich im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben auf weltlicher Basis auf. Deshalb haben wir die Forderung nach der weltlichen Schule nicht nur als Programmforderung, sondern als Kampfforderung zu stellen und müssen um sie kämpfen, nicht im Programm, sondern auch draußen, gegenüber der Oeffentlichkeit, auch gegenüber dem Zentrum. Es gab eine Zeit, da Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratische Partei den Gedanken der Einheitsschule vertreten haben, so daß man aus staatspolitischen Gründen den Gedanken verteidigen konnte, die weltliche Schule gegenüber der einheitlichen, der Gemeinschafts-, der Simultanschule zurückzustellen. Diese Zeiten sind vorbei. Heute handelt es sich nur darum, daß auf der einen Seite die kirchliche Schule in vollem Umfange durchgeführt werden soll. Diese Seite wird gestützt durch die Deutschnationalen, die Volkspartei und vor allen Dingen durch das Zentrum. Auf der anderen Seite stehen wir fast allein, die die weltliche Schule durchführen wollen. Deshalb müssen wir vom Parteitag aus uns an alle diejenigen wenden, die für die einheitliche fortschrittliche kulturelle Entwicklung eintreten, mit uns für die weltliche Schule als der noch einzig möglichen zukünftigen Schule des deutschen Volkes und auch der Arbeiterklasse zu kämpfen. (Bravo! und Händeklatschen.)

Heinrich **Schulz**-Berlin (Parteivorstand): Mit der Geschichte des Reichsschulgesetzes bin ich von Anbeginn an durch sachliche und persönliche Beziehungen eng verbunden und hätte daher an sich das Bedürfnis, darüber eingehend zu sprechen. In den letzten Jahren ist außerdem wegen des Reichsschulgesetzes von bürgerlicher Seite und auch aus Parteikreisen auf meinem Rücken allerlei Holz gehackt worden; die bürgerlichen Angriffe berühren mich weiter nicht, die Stellungnahme bestimmter Parteikreise hätte weniger unfreundlich sein dürfen. Leider muß ich mich wegen der Kürze der Zeit auf einige kurze Bemerkungen beschränken.

Im Gegensatz zu dem Genossen Adams und auch zu Löwenstein halte ich mit vollem Nachdruck das Weimarer Schulkompromiß für eine politische Notwendigkeit. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Es war in der damaligen gespannten politischen Situation, zur Zeit der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages, die einzig mögliche Plattform, auf der die drei Koalitionsparteien zu einigen waren. Diese Einigung aber war damals politisch unbedingt nötig. Gewiß hat das Weimarer Schulkompromiß, dessen Vaterschaft ich bis zu einem gewissen Grade nicht ablehne, seine Schwächen, die ich nicht bestreiten will; aber Besseres war damals nicht zu erreichen. Wäre damals auch das Schulgesetz noch von der Koalition der Nationalversammlung geschaffen worden, also im Sinne des Weimarer Kompromisses, es wäre wahrscheinlich verhältnismäßig gut gewesen. Aber auch das war damals leider nicht möglich.

Als das Schulgesetz dann 1921 dem Reichstag vorgelegt wurde, hatte sich die politische Konstellation in Deutschland inzwischen erheblich verändert. Die Reichstagswahlen 1920 hatten die Stärke des Koalitionsblocks verringert. Ein persönliches Beispiel zeigt die veränderte Situation besonders deutlich: an die Stelle des sozialdemokratischen grundsatzfesten Kultusministers Hoffmann in Bayern war der Katholik Matt getreten. Was das aber für die weitere Entwicklung der Schulpolitik in Deutschland bedeutete, habe ich später oft deutlich genug empfinden müssen. Trotzdem war der erste Reichsschulgesetzentwurf noch einigermaßen annehmbar. Wir hätten froh sein können, wenn das Gesetz auf dieser Grundlage zustande gekommen wäre. Das behaupte ich trotz der taktisch

ganz falschen Opposition des deutschen Lehrervereins, die dieser von der Stuttgarter Lehrerversammlung gegen den Entwurf entfesselte. Dadurch sind die Rechtskreise erst mobil gemacht worden, denen dann obendrein die rückläufige politische Entwicklung zu Hilfe kam. Als 1923 unter der Reichskanzlerschaft Wirth die Beratungen des Entwurfs ins Stocken gerieten, waren sich Sozialdemokratie, Demokraten und Zentrum doch darin einig, daß die ernstesten Versuche gemacht werden müßten, das Gesetz zustande zu bringen. Es wurden damals vertrauliche interfraktionelle Besprechungen der drei Verfassungsparteien, an denen u. a. auch der spätere Reichskanzler Marx teilnahm, gepflogen, die sich auf der Grundlage eines besseren Entwurfs als des offiziellen bewegten. Ein Erfolg dieser Bestrebungen wäre sehr wünschenswert gewesen. (Zuruf: Zentrum!) — Sie vergessen, daß noch während der Verhandlungen eine andere politische Situation eintrat. An die Stelle von Wirth war das Kabinett Cuno mit dem vorwiegenden Einfluß der Deutschen Volkspartei getreten. Von dem Augenblick an haben sich Zentrum und Demokraten an vertraulichen Besprechungen mit den Rechtsparteien beteiligt, von denen die Sozialdemokraten und auch ich in meiner amtlichen Eigenschaft ausgeschlossen waren. Der vorvorige Reichstag hat dann die von der nach rechts gerichteten Koalition vorbereiteten Anträge beraten, die Beratungen sind aber bekanntlich versandet. Bei der kurzen Lebenszeit des vorigen Reichstages ist die Schulfrage überhaupt nicht recht zur Behandlung gekommen. Um so größer ist die Rolle, die sie mit dem Zusammentritt des neuen Reichstags spielte.

In der Betonung der christlichen Grundlage der Schule in der Programmrede des Reichskanzlers Luther war schon deutlich der Angelhaken zu erkennen, den er nach dem Zentrum auszuwerfen beabsichtigte, um es durch diese kulturpolitische Gegengabe um so fester an den Rechtsblock zu fesseln. In den letzten Monaten hat das Zentrum bis zur Selbstverleugnung eine volksfeindliche Wirtschafts- und Steuerpolitik unterstützt. Die innere Wirkung zeigt sich im Falle Wirth, den man gewiß nicht zu überschätzen braucht. Andererseits wäre aber eine Unterschätzung dieses Symptoms unseres politischen Lebens im gegenwärtigen Augenblick ein gefährlicher politischer Fehler. Wir müssen auf diese Erscheinung auch durch die Stellung des Parteitags in geeigneter Weise Rücksicht nehmen. Jedenfalls haben wir kein Interesse daran, die Auflehnung zahlreicher Zentrumsanhänger, und zwar gerade der proletarischen Schichten, gegen den Rechtskurs und für Demokratie und Republik mit unterdrücken zu helfen, womit wir nur die Geschäfte des Rechtsflügels des Zentrums und der Deutschnationalen Volkspartei besorgen würden. Das würde aber geschehen, wenn wir den neuen Schulgesetzentwurf nur mit den Mitteln und Schlagworten liberaler Kulturkampfpolitik bekämpfen würden. Diese Gefahr liegt nahe, man braucht nur an Erscheinungen im deutschen Lehrerverein zu denken, und an eine alte Ueberlieferung bei uns selbst, die wir wie einen überflüssigen Blinddarm mit uns schleppen. Der Kern der Frage ist zurzeit nicht schultechnisch-pädagogischer Art, sondern die Schule ist wieder einmal, was sie im stillen immer, in besonderen Zeiten aber in besonderem Maße ist, ein Politikum. Und demgemäß muß der Entwurf von uns angefaßt werden.

Ich stimme mit Löwenstein überein: der Schulgesetzentwurf bedeutet einen Bruch der Weimarer Verfassung. Das ist bei den Rechtsparteien nicht verwunderlich, die die Verfassung abgelehnt haben und sich nur der Not gehorchend damit abfinden. Es müßte aber wundernehmen, wenn ohne innere Hemmungen — sie sind ja allerdings schon vorhanden und zutage getreten — eine der Weimarer Verfassungsparteien diesen Bruch mitmachen würde. Auch das unterschreibe ich, daß der Entwurf eine rücksichtslose Zerreißung des Weimarer Schulkompromisses und eine Abkehr von seinen Tendenzen bedeutet. Er ist

geradezu ein Hohn auf die Absichten der Väter des Kompromisses und auf die durch das Kompromiß angestrebte Anbahnung einer Ausgleichung der kulturpolitischen Gegensätze in Deutschland. Damals wurde gesagt: Wir können uns in den kulturpolitischen Fragen nicht überzeugen, wir dürfen uns nicht vergewaltigen, also müssen wir uns dulden! Ein Schulgesetz kann in Deutschland nur Wert haben und eine gute Wirkung ausüben, wenn die großen Massen des Volkes dahinterstehen, und wenn es kein Trutzgesetz ist. Mit diesem ausgesprochenen Grundsatz haben auch die leider verstorbenen Zentrumsführer Gröber, Burlage und Hitze das Weimarer Schulkompromiß abgeschlossen. Daß der neue Entwurf diesen Tendenzen ins Gesicht schlägt, kann bei den Rechtsparteien nicht wundernehmen, die am Weimarer Schulkompromiß nicht beteiligt waren, und denen dieser Versuch einer Versöhnungspolitik auf kulturellem Gebiet nach links nur ein Dorn im Auge ist, um so mehr aber müßte es überraschen, wenn das Zentrum durch seine Zustimmung zu diesem Entwurf seine Weimarer Vergangenheit verleugnen würde.

Gelänge es, dieses Schulgesetz wie die Zollgesetze durch Vergewaltigungsmaßnahmen durchzupeitschen, dann ständen wir nicht am Ende einer kulturpolitischen Auseinandersetzung, sondern am Anfang der schärfsten kulturpolitischen Kämpfe in Deutschland. Es wäre wieder einmal der alte Zankapfel der religiösen Auseinandersetzungen in das deutsche Volk geschleudert, und damit das Gegenteil von dem, was das Weimarer Schulkompromiß wollte, erreicht.

Wir wünschen und wollen das nicht. Wir wollen die Religion bei den politischen Kämpfen aus dem Spiel lassen. Wir machen den Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei über ihre Stellung zur Religion keine Vorschriften, wir achten jedes ehrliche religiöse Bekenntnis und schützen es vor Vergewaltigung. Wie der Sozialismus seine Wurzeln in allen großen Kulturepochen der Vergangenheit hat, — in der Antike, im Urchristentum, im Mittelalter, in der Reformation, im Rationalismus, im Humanismus — muß und kann er auch alle religiösen Auffassungen unter dem Dach der Gesellschaftsordnung dulden, die er errichten will. In den Arbeiterkreisen vollzieht sich gerade in den letzten Jahren eine langsame Wandlung im Sinne größerer und bewußterer Duldsamkeit in den Fragen des religiösen Bekenntnisses. Es gibt kein besseres Mittel, diese erfreuliche Entwicklung zu stören, als diese neue Schulpolitik.

Wir wenden uns nicht an die Deutschnationalen, wohl aber an alle Freunde der Republik und der Demokratie, in erster Reihe an die Sozialdemokraten und an alle Freunde einer freien fortschrittlichen Schule, auf der Wacht zu stehen und den Gesetzentwurf aufs schärfste zu bekämpfen. Die Reichstagsfraktion aber fordern wir auf, allen etwaigen Vergewaltigungsbestrebungen und Durchpeitschungsversuchen im Reichstag rücksichtslosen Widerstand entgegenzusetzen. (Bravo!)

Levi-Berlin: Keil hat in seinem Referat eine Frage berührt, die nicht nur auf einem sozialdemokratischen Parteitag erörtert zu werden verdiente, weil an ihr unser öffentliches Leben in Deutschland überhaupt krankt, nämlich: Was ist die Aufgabe einer Opposition? Keil hat die Frage dahin beantwortet, daß man die Opposition so betreiben müsse, als wenn man in der Regierung säße, daß sich also die Opposition ebenso belaste mit allen Sorgen, Gedanken und Belastungen, mit denen ein deutscher oder anderer Minister in der Welt herumgehe. Diese Betrachtungsweise ist grundsätzlich falsch, nicht nur, wenn sie in unsern Reihen aufgestellt wird, sondern auch vom Standpunkt des Bürgertums aus. Denn fragen wir uns, woran unser öffentliches Leben so sichtbar krankt, so kann keine andere Antwort gefunden werden als die: Es fehlt in unserer Republik die bürgerliche Linke. Ich bin Marxist und geschichtlich gebildet genug, um die geschichtlichen Bedingtheiten zu erkennen, warum wir

keine bürgerliche Linke haben. Auch in Frankreich war die Bildung der bürgerlichen Linken kein Werk von heute auf morgen. Man kann sagen, daß sich nach 30 Jahren, im Dreyfusprozeß, allmählich immer deutlicher das herausarbeitete, was heute in Frankreich der Begriff der bürgerlichen Linken ist. Das soziale Substrat dieser bürgerlichen Linken sind die Bauern des Südens, die Kleinbürger der Städte. Ueber die Lebenswichtigkeit der bürgerlichen Linken in Frankreich brauche ich kein Wort zu sagen. Die Frage, ob wir ein Substrat, soziale Schichten haben, geeignet und dazu bestimmt, eine bürgerliche Linke zu tragen, beantworte ich mit Ja. Ich brauche nur auf die Umschichtung der Verhältnisse durch die Inflation, auf die Verschiedenheit der Interessen zwischen Schwer- und verarbeitender Industrie hinzuweisen. Wir haben aber keinen Ausdruck für diese bürgerliche Linke, weil auch in den bürgerlichen Parteien, die vielleicht nach der allgemeinen Vorstellung zur Bildung dieser bürgerlichen Linken berufen wären, der Gedanke mit unterläuft: Opposition sein ist nichts anderes als Minister in spe sein. (Sehr gut!) An diesem Fehlen einer Opposition in einem parlamentarischen Staate krankt der Parlamentarismus. Wenn ich dies schon bei der bürgerlichen Linken feststelle, dann hat darüber eine sozialdemokratische Opposition noch weit andere Bedeutung als die eines Widerparts gegenüber Schwerindustrie und großagrarischen Interessen im Rahmen des Kapitalismus. (Sehr gut!) Die sozialistische Opposition muß darüber hinaus! Eine der ersten Aufgaben unserer sozialistischen Opposition wäre und ist auch schon im Werden, jene Keime einer bürgerlichen Opposition abzugrenzen, soziologisch zu bezeichnen und bestimmte politische Folgerungen daraus zu ziehen.

Ich sage also, wir haben die Parteien, deren geschichtliche Aufgabe es wäre, die bürgerliche Linke zu bilden. Das geschieht aber nicht. Wir als Sozialdemokraten in Deutschland haben gar nicht die Frage zu prüfen, was unsere Politik wäre, wenn wir diese Bürgerlichen hätten. Wir müssen feststellen, wir haben sie nicht, jene Parteien partizipieren an den Interessen des Großkapitals, der Großbourgeoisie. (Sehr gut!)

In diesem Rahmen bitte ich Sie, unsern Antrag 225 zu betrachten, der nichts anderes will, als festlegen, daß wir politisch gegenüber den bürgerlichen Parteien, die selbst vom bürgerlichen Standpunkt aus ihre geschichtliche Aufgabe verkennen, politische Grenzen zu ziehen haben. (Sehr richtig!)

Wir haben als sozialdemokratische Opposition Aufgaben, die über den Rahmen der bürgerlichen Republik hinausweisen. Keil hat gesagt, wir dürfen kein demagogisches Schauspiel bieten. Ich glaube mich zu entsinnen, daß mit diesen oder ähnlichen Ausdrücken die sozialdemokratische Politik in vielen Jahren bezeichnet worden ist. Viele haben nicht begriffen, daß hinter dem, was sie als demagogisches Schauspiel betrachteten, etwas ganz anderes steckte; ich glaube, daß auch ein späterer objektiver Geschichtschreiber es als einen gewaltigen Weckruf wird anerkennen müssen, mit dem wir Millionen aus dem Dunkel der Indifferenz, der Unbewußtheit ihrer Klassenlage geweckt und zum Bewußtsein ihres sozialen Seins geführt haben. (Bravo!) Eine sozialdemokratische Politik und Partei, die über den sogenannten Aufgaben des Tages dieses gewaltige Ziel der Erweckung großer Volksmassen vergißt, wird Schaden leiden. (Zuruf.) — Genosse Keil, Sie fragen, ob sie denn das getan hat. Es ist Ihnen mein Standpunkt bekannt, daß sie jedenfalls nicht mit Schärfe und Rücksichtslosigkeit dieses Ziel verfolgt hat. Ich spreche hier nicht zum Parteibericht, aber gewisse Zahlen des Parteiberichts sollten auch nach dieser Richtung hin der Reichstagsfraktion zu denken geben. (Sehr richtig!)

Ich habe heute von dem Gen. Keil die Sätze gehört: „Wenn wir zurzeit nicht in der Regierung sind, und wenn wir uns vorläufig nicht daran beteiligen.“ Aus dieser Betonung „zurzeit“ und „vorläufig“ habe ich so etwas

herausgelesen, wie in jenem schönen Verse: „Dir gilt all mein Hoffen und mein Sehnen.“ Wenn wir die Koalition früher so scharf bekämpft haben, so deswegen, weil unser Ruf an die Massen in der Koalition im Leeren verhallte, und wir können ohne die Massen unser Ziel nicht erreichen. (Zuruf: Schrecken die Spuren der Kommunistischen Partei nicht?) Nein, mit der Politik der Kommunistischen Partei habe ich nichts zu tun. Ich glaube, daß Sie bei einer Spur von dem guten Willen, den ich von Ihnen als Delegiertem zum Parteitag erwarte, mir das nicht unterstellen sollten. Mit derartigen Schimpfworten polemisieren Sie gegen mich nicht.

Der Gen. Keil hat gesagt, er könne mit Vergnügen feststellen, daß ich den Gen. Müller so häufig an Bedachtsamkeit übertroffen habe. Darin sehe ich keinen Vorwurf gegen den Gen. Müller oder gegen mich. Ich kann ganz offen sagen: die als die Linke bezeichneten Genossen sind nicht der Auffassung, daß man mit einem Trompetenstoß morgen die Revolution einleiten kann. Wir sehen die Hemmungen, die einem sozialistischen Erfolge in dieser Stunde entgegenstehen, viel deutlicher als die, die dem Gen. Keil näherstehen. Gen. Keil glaubt, daß die Dinge so weit gediehen sind, daß wir heute schon Früchte pflücken könnten. Wir dagegen sind nicht der Meinung, daß wir jetzt schon dem Proletariat geben können, was des Proletariates ist. Wir sehen, daß ein Weg der Sammlung der proletarischen Kräfte vor uns liegt, mit denen allein wir das Endziel erreichen können. Ich sehe in der Anspielung des Gen. Keil nicht die kleine Bosheit, die ja auch gewiß nicht in ihr steckt. Ich möchte bei aller Bescheidenheit für mich und meine Freunde in Anspruch nehmen, daß wir nicht nur mit Bedacht, sondern etwas weise handeln, denn wir bedenken bei unserm Tun nicht nur die Stunde, sondern auch das Ende. (Lebh. Beifall.)

Dobbert-Meißen: Der Gen. Scheidemann hat ein Bild von der deutschen Justiz gezeichnet, so daß ich diese Frage nicht ausführlich zu besprechen brauche. Sie alle werden der Meinung sein, daß die deutsche Justiz verurteilenswert ist und daß unsere Reichstagsfraktion Wege suchen muß, wie die Unabsetzbarkeit der Richter in einem Sinne geregelt wird, der den Interessen und dem Empfinden des Volkes entspricht. Es liegen verschiedene Anträge vor, die in dieser Richtung gehen. Es müssen Wege gefunden werden, um dieses Privileg der Richter, dieses Juristenmonopol, zu brechen, damit die Justiz nicht als ein Racheinstrument der herrschenden Klasse gehandhabt wird, die uns die Republik verekeln möchte.

Wir müssen die Republik nicht nur mit dem Verstande, sondern mit der ganzen Wärme unseres Herzens lieben. So weit sind wir aber leider noch nicht. Es muß eine Empörung auslösen, wenn man hört, daß heute noch sozialdemokratische Redakteure wegen Gotteslästerung ins Gefängnis wandern müssen, daß die Kritik durch Strafverfügungen unterbunden wird, daß Schriftsteller um literarischer Erzeugnisse willen verfolgt werden. Das muß den schärfsten Protest des Parteitages herausfordern.

Ich richte ferner die Bitte an den Parteitag und die Fraktion, sich der Forderungen unserer Arbeiterjugend anzunehmen, damit sie mehr Luft und Licht und Entfaltungsmöglichkeiten hat, als der älteren Generation zuteil geworden ist. Das Wahlrecht der Jugend darf nicht beschränkt werden. Die Sozialdemokratie hat in der Vorkriegszeit wohl deswegen die Besten der Jugend in ihre Reihen bringen können, weil sie mit solcher Entschiedenheit sich für die Rechte der Jugend eingesetzt hat. Das muß auch heute geschehen. Die Jugend muß frühzeitig in die Politik hineinkommen und in der Lage sein, sich Wissen anzueignen, damit sie die Kämpfe siegreich bestehen kann. Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß die kulturpolitische Reaktion zu gleicher Zeit einsetzt, wo die Reaktionäre das Wahlrecht der Jugend beschneiden wollen. Die Reichstags-

fraktion bitte ich, sich der von den Jugendorganisationen gestellten Forderungen anzunehmen.

Die jungsozialistische Bewegung ist auf dem Wege, sich zu reifen und zu klären. Sie hat, wenn sie auch manchmal um ihre Meinungen energisch streiten, doch den ehrlichen Willen, der Partei zu dienen. Die jungsozialistische Bewegung ist nicht nur politisch, sondern auch pädagogisch zu werten. Dann wird man die richtige Einstellung zu ihr finden. Die Jungsozialisten werden dann die Kampfgenossen sein, die wir brauchen und so werden wie die Alten, die mit Begeisterung und Leidenschaft die schweren Kämpfe der Vergangenheit geführt haben.

Hermann **Müller** (Parteivorstand): Der Vorredner wünschte, daß die Reichstagsfraktion sich an ihre Pflichten gegenüber der heranwachsenden Arbeiterjugend erinnere. Ich glaube, daß in dieser Beziehung nichts versäumt worden ist. Auf der Jugendschutzkundgebung in Hamburg habe ich vor kurzem als Vertreter des Parteivorstandes und der Fraktion die Versicherung gegeben, daß wir stets bestrebt sein werden, den Jugendschutz zu erhalten und das durchzusetzen, was dazu noch fehlt. Das Wahlrecht der Jugend ist durch die Reichsverfassung festgelegt und kann gegen uns nicht geändert werden. Wir werden uns auch nicht durch den Hinweis beirren lassen, daß viele Jugendliche gerade bei den Völkischen und Kommunisten zu finden sind.

Was Gen. Keil über die Koalitionen gesagt hat, unterschreibe ich. Ich glaube, daß die im Irrtum sind, die meinen, daß in der Sozialdemokratischen Partei zu irgendeiner Zeit der Drang nach Ministersesseln sehr stark gewesen wäre. Wir haben 1918 in schwierigster Zeit die Verantwortung übernommen und unsere Pflicht getan, aber später hat es oft eines starken Druckes bedurft, um uns in eine Regierung zu bringen. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß in der Fraktion ein Haufe von Parteigenossen sitzt, die keinen anderen Gedanken hätten als den: Kann ich Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen treiben? Koalitionspolitik ist kein Vergnügen. Was soll es heißen, wenn Anträge kommen, wie der Nr. 105, worin gefordert wird, daß die loyale Stellung gegenüber den bürgerlichen Parteien aufgegeben werden soll? Sollen wir beschließen, daß wir uns in Zukunft illoyal verhalten sollen? Wenn wir mit den bürgerlichen Parteien zusammen Politik getrieben haben — für Preußen gilt das jetzt noch —, so geschah das, um an bestimmte Ziele zu kommen. Wir haben diese Zusammenarbeit nie anders aufgefaßt als gewissermaßen die Tätigkeit in einem politischen Zweckverband. Was wir beim Zentrum erlebt haben, das jetzt ja nicht mit uns koaliert ist, sondern mit den Rechtsparteien, war schon früher zu erkennen. Ich möchte den aufmerksamen Beobachter der Zentrumspartei sehen, der nicht gewußt hat, wie unter der Führung von Herold und anderen die rheinisch-westfälischen Bauern einen außerordentlich starken Einfluß in der Zentrumspartei ausübten. Wogegen wir uns hier wenden, das ist, daß die Sozialdemokratische Partei auf eine Politik der Isolierung festgelegt wird. (Sehr gut!) Wir wollen Politik von Fall zu Fall im Interesse der Arbeiterklasse treiben. In einer Zeit, wo die Könige von Dänemark, Schweden und Belgien gezwungen sind, Sozialisten ins Ministerium zu berufen, wird man nicht negieren wollen, daß in einer Republik dieser Zustand unmöglich ist. (Sehr gut!)

Ich glaube, Levi hat Keil mißverstanden. Keil hat nicht gesagt, daß wir, wenn wir in der Opposition sind, dieselbe Politik treiben sollen, die wir treiben müßten, wenn wir in der Regierung wären. Er hat sich nur gegen demagogische Anträge gewandt und auf die Deutschnationalen hingewiesen und gesagt, so dürften wir es nicht machen, sonst würden uns dieselben Flüche nachgeschickt, die heute von den betrogenen Sparern der Deutschnationalen Partei nachgeschickt werden. Es ist auch falsch, wenn Levi glaubt, daß die Politik, die wir unter

dem Kaiserreich getrieben haben, unter den Begriff der demagogischen Politik zu subsummieren wäre. Was hat denn die Sozialdemokratie getan, als sie 1918 zur Macht kam? Sie hat gezeigt, daß die Anträge, die sie früher gestellt hatte, Gegenstand praktischer Politik werden können. Die Volksbeauftragten haben den Achtstundentag eingeführt. Wenn er bis zu einem gewissen Grade verlorengegangen ist, hat das die Entwicklung der letzten Jahre mit sich gebracht. Wir haben das Frauenwahlrecht und das Jugendwahlrecht eingeführt, wir haben die Landarbeiter befreit, und überhaupt, soweit es irgendmöglich war, alles durchgesetzt, was wir früher in Anträgen vertreten hatten. Wir haben damit den Beweis geliefert, daß diese Anträge ausführbar gewesen sind.

Genosse Prien hat gesagt: Opposition muß sein. Ich bin der Letzte, der das verneint. Wenn sie nicht wäre, müßten wir sie uns bestellen, sonst würde der Parteitag furchtbar langweilig werden. Wir verlangen aber, daß die Opposition nicht immer behauptet, sie habe die Tradition der großen Sozialdemokratischen Partei für sich und sie habe die allein richtigen Grundsätze. Wenn Genosse Prien unsern Kampf bei der Beratung des Zolltarifs bemängelte und eine Parallele zu 1902 gezogen hat, dann hat er dazu selbst gesagt, daß die Verhältnisse damals anders lagen. Wie haben damals ein Jahr um den Zolltarif gekämpft. Wir waren dieses Jahr gehemmt, weil alle bürgerlichen Parteien überzeugt waren, daß ein Zolltarif notwendig für die Handelsvertragsverhandlungen sei. Wir aber sagten: Wo hat die Regierung Luther, von Belgien abgesehen, den Beweis geliefert, daß sie mit diesem Zolltarif Handelsverträge machen kann. Die Fraktion ist nicht schuld, wenn in diesen heißen Sommertagen die Massen nicht überall so auf die Beine gebracht worden sind, wie wir das an allen Orten gewünscht hätten.

Ich glaube auch, wir leiden vielfach noch unter den Nachwirkungen der Inflationszeit. Es gibt in weiten Kreisen des deutschen Volkes Frauen und Männer, die noch nicht begriffen haben, was die Pfennigrechnung eigentlich bedeutet, und die die Preissteigerung nicht so werten, wie sie gewertet werden müßte. Je mehr wir zu normalen wirtschaftlichen Zuständen kommen, um so mehr wird sich das ändern.

Mit dem Kampf gegen das Schulgesetz, wie ihn Löwenstein und Schulz für angezeigt hielten, wird jeder einverstanden sein. Wir wissen, wie notwendig es ist, die Massen für diesen Kampf zu mobilisieren. Aber ich wende mich dagegen, daß in der Resolution Löwenstein einzelne Wendungen sind, die sich ganz allgemein gegen das Bürgertum richten. Wir müssen gemäß unserer Tradition den Kampf so führen, daß alle, die im Bürgertum noch freiheitlichen Geist haben, mit uns als mit der großen Kulturpartei in einer Reihe marschieren. (Sehr gut!) Wir dürfen keinen zurückstoßen, der mit uns den Kampf führen will. So war es beim Kampf gegen den Zedlitzschen Schulgesetzentwurf und gegen die lex Heinze.

Zum Problem der Massen möchte ich sagen, daß die Massen durch eine sachlich gerechtfertigte Politik gewonnen werden. (Sehr richtig!) Ich mache auf die Artikel Woytinskis in der „Gesellschaft" aufmerksam, in denen auseinandergesetzt ist, wie stark das Proletariat in den einzelnen Ländern ziffernmäßig ist. Die Proletarier, die uns fehlen, sind zum wenigsten in der Kommunistischen Partei, sie sind zum größten Teil noch in den bürgerlichen Parteiten (sehr richtig!), und diese Proletarier gewinnen wir durch eine sachliche Politik, wie sie die Sozialdemokratie in der Vergangenheit stets geführt hat. Diese sachliche Politik wird uns auch zum Siege führen. (Beifall.)

Mathilde **Wurm**-Berlin: Gen. Keil hat in seinem Bericht weniger über die Fraktion selbst, als über ihre Stellung gesprochen, die sie nach außen hin zu den politischen Ereignissen eingenommen hat. Er sagte mit Recht, es habe innerhalb

der Fraktion ernste Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die grundsätzliche Einstellung zu den Fragen, die vom Dezember bis jetzt zur Debatte standen, nicht gegeben. Aber es haben ernste Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg bestanden, wie der Zollgesetzgebung am besten zu begegnen wäre. Die Fraktionsminderheit hat sich von Anfang an gegen jede Abmachung mit den bürgerlichen Parteien in bezug auf Festlegung einer bestimmten Redezeit sowohl im Ausschuß wie im Plenum gewehrt.

Es ist doch wohl die Frage zu erörtern, ob diese Taktik der vorherigen Abmachungen über die Befristung der Redezeit richtig gewesen ist. Wenn es uns gelungen wäre, die Zollvorlage über den Sommer hinaus zu verschleppen, hätten wir mindestens die Teuerung, wie sie jetzt trotz der glänzenden Ernte beginnt, verhindert. Die Fraktionsmehrheit wandte sich dagegen, daß wir im Ausschuß allzulange Reden hielten; sie befürchtete, daß man uns den Vorwurf der Obstruktion machen könnte. (Widerspruch und Zurufe.) Durch den Versuch, die Ausschußverhandlungen sehr lange hinzuziehen, wäre die Annahme des Gesetzes in diesem Jahre doch vielleicht verhindert worden. (Erneuter Widerspruch und Zurufe.) Bei aller Anerkennung dessen, was Sie, Genosse Breitscheid, bei der Führung unserer Fraktion in dieser Beziehung geleistet haben, müssen Sie doch zugeben, daß uns immer gesagt worden ist, wir dürften nicht allzulange reden. Es bestand eben bei der Fraktionsmehrheit die Befürchtung, das könnte uns als Obstruktion ausgelegt und dadurch ein allzu früher Schluß der Debatte herbeigeführt werden. Diese Möglichkeit bestand allerdings. (Lebhafte Rufe: Na also!) Aber ich bin der Auffassung, daß diese Obstruktion ein parlamentarisches Mittel gewesen wäre. Darin hat sich die Fraktionsminderheit von der Fraktionsmehrheit unterschieden. Wir betrachten die Obstruktion nicht als ein Mittel der Diskreditierung des Parlaments. Auch unsere österreichischen Freunde haben wochenlang Obstruktion getrieben, ohne daß es jemand eingefallen wäre, zu behaupten, daß sie damit den Parlamentarismus diskreditierten. Jede Befristung der Redezeit macht mehr oder weniger unsere Opposition unwirksam. (Lebhafter Widerspruch.) Es mag eine andere Meinung darüber bei manchen Genossen bestehen; ich kann nur meine Meinung sagen, die von sehr vielen Fraktionskollegen geteilt wird. Eine befristete Entrüstung imponiert doch dem Gegner wahrhaftig nicht. (Hermann Müller: Eine ewige Entrüstung auch nicht!) Das lasse ich dahingestellt. Ob sie den Rechtsparteien im Reichstag imponiert, darauf kommt es auch nicht an. Es handelt sich vielmehr darum, daß wir bei den Massen einen weit stärkeren Widerhall gefunden hätten, wenn wir in dieser Form Obstruktion getrieben hätten. Daß wir diesmal mit unserem Verhalten keinen Widerhall bei den Massen gefunden haben, haben unsere Versammlungen bewiesen. Wir kommen nicht darüber hinweg, daß unser Zollkampf eigentlich nur im Parlament geführt worden ist, daß er trotz aller unserer Bemühungen in der Masse so gut wie gar keinen Resonanzboden gefunden hat. Wenn die Erklärung, die wir schließlich abgegeben haben, und die darin gipfelte, daß wir diese Mundtotmachung und Vergewaltigung nicht länger mitmachen, früher erfolgt wäre, und zwar nach einer guten Rede eines unserer Genossen, die dann als Flugblatt unter den Massen verteilt worden wäre, dann hätten wir eine viel stärkere Wirkung erzielt. So mußten wir uns damit begnügen, nur das Allerwichtigste zu sagen, ohne daß wir damit nach außen hin einen Eindruck machten.

Genosse Müller hat eben davon gesprochen, daß wir in der Heiligung der Tradition zu weit gingen. Aber der Zollkampf von 1902 hat doch eine ganz andere Wirkung ausgelöst als unser heutiger. Nach dem Zollkampf des Jahres 1902 strömten uns bei den Wahlen im Jahre 1903 die Massen zu, unsere Mandate stiegen fast auf das Doppelte, und unsere Wählerzahl nahm um fast eine Million zu. Aus dieser Erfahrung muß man doch lernen, und darin liegt auch

kein Uebermaß der Heiligung der Tradition. Eine solche Methode wirkt eben viel besser als ein wohltemperiertes Verhalten im Parlament selbst. Wir hätten mit einem starken Appell an die Massen hervortreten sollen. Inwiefern haben sich denn die Verhältnisse seit 1902 so wesentlich geändert, daß wir nicht dieselbe Methode wie damals hätten anwenden können? Wir werden in den nächsten Tagen die Programmdebatte haben. Im Programm ist von der Verschärfung der Klassengegensätze die Rede. Wir hören auch, daß die kapitalistischen Verelendungstendenzen sich immer mehr verstärkt haben. Warum führen wir also heute den Kampf anders als wir ihn 1902 geführt haben? Nach den Zollkämpfen des Jahres 1902 hatten wir das Vertrauen der Massen, das wir heute leider nicht in gleichem Maße für uns in Anspruch nehmen können.

Man ist hier sehr rücksichtsvoll gegen das Zentrum. Das Zentrum hat sich aber bei der Zolldebatte in einer Weise benommen, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Wenn das der Dank ist, den das Zentrum uns dafür abstatten will, daß wir 1918 Reich und Nation gerettet haben, wie hier von verschiedenen Rednern hervorgehoben wurde, so muß ich wirklich sagen: Dieser Dank ist im höchsten Grade schäbig, und wir haben alle Ursache, vor dem Zentrum auf der Hut zu sein.

In Marseille haben wir erfahren, daß unsere Genossen in allen Ländern in dem Protektionismus die größte Gefahr erblicken. In allen Reden kam zum Ausdruck, daß wir ohne eine Verständigung auf wirtschaftlicher Basis niemals zu einem Frieden gelangen können. Wenn wir heute in der Partei leider noch gar keine programmatische Stellung zu den Agrarfragen genommen haben und wenn die wirtschaftlichen Fragen im Programm nur mit den beiden Worten „freier Güteraustausch" abgetan werden, so zeigt das, wie notwendig es ist, daß wir uns auch einmal mit einem Agrarprogramm beschäftigen. Ich möchte die Anregung, die auf der freien Agrarkonferenz in Marseille von dem Genossen Compère-Morel gegeben wurde, an den Parteivorstand und an den Parteitag weitergeben: Es ist die höchste Zeit, daß sich in allen Ländern die Parteien mit der Agrarfrage auf das intensivste beschäftigen. Nur durch eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme wird es möglich sein, zum Frieden zu kommen. (Lebhafter Beifall.)

Seydewitz-Zwickau: Ich hatte nicht die Absicht, zu diesem Punkte der Tagesordnung noch einmal das Wort zu ergreifen. Da aber der Genosse Keil in seinem Referat gegen einen Artikel von mir polemisiert hat, fühle ich mich verpflichtet, einige Bemerkungen zu machen. Genosse Keil hat einen großen Teil seines Referats auf die Polemik gegen diesen Artikel verwandt. Ich fühle mich durch diese Polemik außerordentlich geehrt. (Heiterkeit und Zurufe.) In dem zitierten Artikel ist davon die Rede, daß die Reichstagsfraktion und die Gesamtpartei gegenwärtig im Reiche in der Opposition stehen, daß aber trotz unseres gemeinsamen Kampfes gegen die Regierung Meinungsunterschiede innerhalb der Partei darüber vorhanden sind, in welcher Form die Opposition geführt werden soll. Es heißt dann weiter:

„Das ist eben das Trennende, daß wir, die wir heute noch die kleinere Hälfte der Partei sind, diesen Radikalismus, der der nach dem Kriege so oft geschmähten oberflächlichen Agitationspolitik der Vorkriegszeit verdammt ähnlich sieht, ablehnen, daß wir eine Stellungnahme zu den Problemen des Tages nicht aus taktischen, sondern aus politischen Gründen wünschen, daß wir den von der Situation des Augenblicks diktierten Opportunismus ablehnen. Unser Radikalismus will nicht Opposition, weil uns die anderen nicht in der Regierung sein lassen, unser Radikalismus will den Dingen an die Wurzel gehen, alle Dinge ehrlich prüfen und das, was wir für richtig und notwendig halten, durchkämpfen, ohne Rücksicht darauf, ob wir in der

Regierung sein dürfen, in der Regierung sind oder nicht. Wir müssen, ob wir in der Opposition sind oder irgendwie in der Regierung, die Interessenvertretung der Arbeiterklasse endlich wieder von einem anderen Gesichtswinkel ansehen als den des Regierungsstuhls."

Genosse Keil hat in seinem Referat gegen uns den Vorwurf erhoben, daß wir die alte Oppositionspolitik betreiben wollten. Gerade das ist es, was wir ablehnen. Ich möchte nur einen Satz zitieren, den der Genosse Keil gebraucht hat: „Unsere Opposition darf die Grenzen nicht überschreiten, die wir einhalten müssen, wenn wir in der Regierung sitzen." (Keil: Falsch zitiert!) Ich glaube, wenigstens, der Sinn ist richtig getroffen. Ich gehe also von diesem Satz aus und möchte den Genossen Keil fragen, ob dieser Grundsatz bei dem Kampf eingehalten worden ist, den die Partei in der Aufwertungsfrage geführt hat. (Wiederholte Zurufe.) Genosse Moses hat von der Stellung zum Parlamentarismus gesprochen und gesagt, daß wir uns der Kritik am Parlamentarismus enthalten müssen. Genossin Wurm hat zum Ausdruck gebracht, daß bei dem Kampf um die Zollvorlage die Auffassung in der Fraktion über die Art der Taktik nicht einheitlich gewesen sei. Ich möchte auch hier die Frage stellen, ob es nicht richtiger gewesen wäre, wenn die Sozialdemokratische Partei auch mit dem Mittel der Obstruktion, das ein durchaus parlamentarisches Mittel ist, diesen Kampf geführt hätte? (Widerspruch und Zurufe: Mit dem Knüppel in der Hand!) Unsere österreichischen Parteigenossen haben auch Obstruktion im Parlament gemacht und haben keinen Knüppel in der Hand gehabt. (Zurufe.) Wir sind jedenfalls der Meinung gewesen, daß wir nicht nur mit sachlichen Mitteln, wie es die Mehrheit der Fraktion wünschte, den Kampf gegen die Vorlage hätten führen sollen, sondern mit allen möglichen parlamentarischen Mitteln. (Lebhafte Zurufe: Welche z. B.? Nennen Sie doch mal eins!) Möglichkeiten der Obstruktion waren bei der Beratung der Steuervorlage gegeben. (Zurufe: Wir haben ja zehn Tage im Plenum verhandelt? Was wollten Sie durch die Obstruktion erreichen?) Wir haben in der Fraktion zu verschiedenen Malen darauf hingewiesen, daß wir bei dem Kampf um die Zollvorlage eine andere Taktik gewünscht hätten. Aber ich will auf das kommen, was das Entscheidende ist. Für die Genossen, die da sagten, wir dürften das Mittel der Obstruktion nicht anwenden, war entscheidend, daß wir mit einer Obstruktion das Ansehen des Parlamentarismus herabgewürdigt hätten. In diesem Sinne hat sich ja Genosse Moses ausgesprochen. Wir sind dieser Meinung durchaus nicht und hierin liegt eben der Unterschied. Dieser Gegensatz liegt in unserer verschiedenen Einstellung zum Staat. Genosse Scheidemann hat gestern gesagt: Die Frage ist für uns, ob wir demokratische Staatspolitik treiben sollen oder rücksichtslose sozialdemokratische Politik. (Widerspruch und andauernde Zurufe.) Wir sind eben der Meinung, daß wir, wenn wir rücksichtslose sozialdemokratische Politik treiben, damit dem Volke und in unserem Sinne auch dem Staate am besten dienen. (Beifall.)

Breitscheid-Berlin: Ich bin dem Genossen, der zu meinen Gunsten zurückgetreten ist, sehr dankbar, weil es durch die Ausführungen der Genossin Wurm und des Genossen Seydewitz doch notwendig geworden ist, über die Taktik der Fraktion während des Zollkampfes ein paar Worte zu sagen. Ich bin außerordentlich erstaunt darüber, daß gerade unser Verhalten in der Zolldebatte hier zum Gegenstand einer so scharfen Kritik gemacht wird. (Lebhafte Zustimmung.) Jeder, der unbefangen urteilt — und wir haben die Beweise in den Aussagen unserer Parteigenossen im Auslande (sehr gut!) —, muß zu dem Ergebnis kommen, daß das Verhalten der Fraktion in der Zolldebatte ein Ruhmesblatt für die Fraktion ist. (Sehr wahr!)

Nun wird uns zum Vorwurf gemacht, wir hätten keine Obstruktion getrieben. Wenn wir mehr Zeit hätten, könnten wir uns ja einmal über das Wesen der Obstruktion etwas ausführlicher unterhalten. (Sehr gut!) Allerdings haben wir darauf verzichtet, eine Obstruktion im technischen Sinne, d. h. eine Obstruktion mit irgendwelchen mehr oder weniger gewaltsamen Mitteln zu treiben. Wir haben es als unsere Aufgabe betrachtet, die Debatte über die Zollfrage solange wie möglich durch sachliche Ausführungen unserer Mitglieder im Ausschuß und im Plenum hinzuziehen. (Sehr gut!) Jeder, der die Dinge richtig sieht, muß zugestehen, daß uns das in vollem Maße gelungen ist. (Sehr wahr!) Wir sollten uns nicht scheuen, den sehr zahlreichen Genossen aus der Reichstagsfraktion, die hier mitgearbeitet haben, unsere besondere Anerkennung dafür auszusprechen. (Lebhafte Zustimmung.) Bei keiner Frage haben die Mitglieder der Fraktion in den letzten Jahren so eifrig mitgewirkt wie bei dieser Frage. Eine Reihe von Genossen haben sich in Einzelfragen, die ihnen vielfach fernliegen mußten, vertieft und haben im Ausschuß und im Plenum durch ihre sachlichen Ausführungen einen nicht zu unterschätzenden Eindruck auch auf die anderen Parteien gemacht. (Sehr gut!) Gewiß, wer sich auf den Standpunkt stellte, wir hätten es zum Bruch treiben sollen, wir hätten einen Eklat heraufbeschwören sollen, der für die Oeffentlichkeit als Signal dienen konnte, der hätte das haben können. Wir hätten es erreichen können, daß nach zwei oder drei Tagen die Debatte im Ausschuß geschlossen worden wäre. Aber das wäre keine Politik mehr gewesen. (Sehr richtig!) In Wirklichkeit würden wir damit nur den Wünschen unserer Gegner entsprochen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Ich persönlich bin durchaus nicht der Auffassung, daß die Heraufbeschwörung eines solchen Eklats auf die Massen im Lande günstiger gewirkt hätte als die sachliche Durchberatung dieser Materie, als der Beweis, daß unsere Leute am Platze und imstande waren, unseren Gegnern mit ihren Argumenten entgegenzutreten. Kein Mensch hat daran gedacht, irgendwie Verabredungen über den Zeitpunkt der Erledigung des Zollgesetzes mit den politischen Gegnern zu treffen. Gewiß, Verabredungen über die Redezeit haben stattgefunden; ähnliche Verabredungen werden stets im Aeltestenrat unter Hinzuziehung aller Parteien getroffen. Eine Partei von der Stärke der Sozialdemokratischen Partei, hat ohne Rücksicht auf ihre Stellung zum Staat die Aufgabe, die parlamentarischen Arbeiten möglich zu machen. (Sehr richtig!) Auch über die Redezeiten im Ausschuß sind Verabredungen getroffen worden, aber immer mit dem Hinintergedanken: Treffen wir sie nicht, so sind wir nach zwei Tagen erledigt, dann können wir mit unseren Argumenten nicht mehr herauskommen. Im übrigen war die Redezeit so bemessen, daß viele unserer eigenen Freunde, von den Kommunisten gar nicht zu reden, nicht in der Lage waren, die Redezeit auszunützen. Unser Verhalten war also vielleicht nicht eine Obstruktion in dem Sinne, wie sie manche auffassen, aber es war das erfolggekrönte Bemühen, die Debatte solange wie möglich durch sachliche Ausführungen hinauszuziehen. Unsere Wähler und Anhänger werden von diesen sachlichen Darlegungen mehr profitiert haben als von irgendwelchen stürmischen Szenen. (Händeklatschen.) Genossin Wurm sagt, 1902 hätte uns unser Auftreten ungeheure Mengen von Anhängern zugeführt. Der Unterschied zu 1902 ist nur, daß wir für die Wirkung unserer Arbeit jetzt keinen Maßstab haben. In den Reichstagswahlen 1903 konnte der Erfolg des Zollkampfes festgestellt werden. Zweifellos würden wir, wenn wir heute oder morgen Reichstagswahlen hätten, mit unserer Berufung auf unser Verhalten in dem jetzigen Zollkampf, einen großen Eindruck auf die Arbeitermassen machen (Sehr gut!), und zwar einen weit größeren, als wenn wir sagen würden, wir haben durch unsere unnachgiebige Taktik, die sich an die Tatsache nicht anzupassen vermochte, daß die andern die Mehrheit haben, einen großen Sturm im Reichstag heraufbeschworen, wir hatten aber keine Gelegenheit, sachlich auseinanderzusetzen, was über diesen Brotwucher zu sagen ist.

Staat und Sozialismus spielten wieder in die Debatte hinein. Seydewitz hat Scheidemann gründlich mißverstanden; er hat nicht gesagt: Staat oder sozialdemokratische Politik, denn das ist kein Gegensatz. (Sehr richtig!) Wir treiben rücksichtslose sozialdemokratische Politik auf dem Boden dieses Staates, der da ist. (Sehr gut!) Dieser Staat ist das Fundament, auf dem und an dem wir arbeiten. Dieser Staat ist die Republik, und mit unserer sozialdemokratischen Politik suchen wir diesen Boden, diese Republik zu erhalten. Ich verstehe überhaupt die ganze Auseinandersetzung über eine positive oder negative Stellung zum Staat nicht ganz. (Sehr richtig!) Sie ist Theorie, aber keine Praxis und sie widerspricht den Tatsachen, unter denen wir leben, widerspricht der Tatsache, daß die republikanische Staatsform für uns Lebensbedingung ist, daß sie die Voraussetzung dafür ist, daß wir unsere sozialistischen Ziele verwirklichen können. (Sehr gut!)

Wenn gesagt wurde, wir sollen Opposition treiben, und wenn Levi sagte, was man mit Recht oder Unrecht Demagogie nennt, sei wenigstens ein Weckruf für die indifferenten Massen gewesen, — jawohl, wir wollen sie wecken, aber unsere Partei hat noch eine andere Aufgabe, als nur immer die Trommel zu rühren. Für uns gilt nicht mehr das Wort: „Trommle, Trommler, mit aller Kraft, das ist die ganze Wissenschaft", sondern wir sind eine Partei geworden, die über dem Trommeln nicht die praktische Arbeit vergessen darf. Ich sehe auch darin keine Berechtigung, wenn gesagt wird, wir legten zu viel Wert auf die Erhaltung des Parlaments. Wir wollen in der Tat das Parlament nicht lahmgelegt sehen. Wir wollen eine Politik und eine Taktik vermeiden, die es den Gegnern und Rechtsparteien ermöglicht zu sagen: Dieser Parlamentarismus ist erledigt, die Sozialdemokratie tötet ihn selbst, also verzichten wir auf den Parlamentarismus. Wir wollen den Gegnern nicht die Möglichkeit geben, auf diese Weise ihre so oder so gearteten Diktaturgelüste zu begründen. Indem wir für das Parlament arbeiten, arbeiten wir wieder für uns. Nennen Sie es, die Würde des Parlaments bewahren, eine Verhinderung der Lahmlegung des Parlaments! Das Parlament ist einer der wesentlichsten Faktoren in der Staatsform, die wir geschaffen haben, auf deren Schaffung wir stolz sind. (Sehr richtig!) Von diesem Gesichtspunkt haben wir uns auch in unserm Verhalten im Zollkampf bestimmen lassen. Wer nicht Opposition um der Opposition willen auch innerhalb der Partei treibt, muß anerkennen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das getan hat, was sie tun konnte und wozu sie verpflichtet war. (Beifall und Händeklatschen.)

Hierauf wird durch Annahme eines Schlußantrags die Debatte geschlossen.

Schluß der Sitzung 1¾ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 17. September 1925, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender **Wels**: Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte zunächst die Mandatsprüfungskommission, Bericht zu erstatten.

Berichterstatter **Buchwitz**-Görlitz: Die Mandatsprüfungskommission hat folgendes festgestellt:

Auf Grund des § 10 Abs. 1 bis 4 des Organisationsstatuts setzt sich der diesjährige Parteitag aus 398 Vertretern, darunter 52 Genossinnen, zusammen.

Es hatten zu entsenden		gewählt wurden bzw. anwesend	
	Vertreter	Vertreter,	darunter Frauen
Bezirke	296	290	36
Reichstagsfraktion	26	26	6
Parteivorstand	20	20	3
Parteiausschuß	36	36	4
Kontrollkommission	9	9	1
Programmkommission	3	3	1
Parteiinstitutionen	13	13	1
Referent	1	1	—

Ferner sind anwesend 16 Gastdelegierte aus Sachsen, 1 Gastdelegierter der bayerischen Landtagsfraktion und 8 ausländische Genossen.

Einspruch erhoben wurde vom 16. sächsischen Unterbezirk gegen 3 Mandate mit der Begründung, das Unterbezirkssekretariat habe eine einseitige Beeinflussung der Genossen im Bezirke zugunsten bestimmter Delegierten versucht. Die Kommission war der Ansicht, daß derartiges aufs schärfste zu mißbilligen sei, weil es gegen die demokratischen Grundsätze innerhalb der Partei verstoße, daß aber derartiges nur unter den eigenartigen Verhältnissen in Sachsen in Erscheinung treten könne. Aus diesem Grunde hat sie sich zu einer Annullierung der Mandate nicht entschließen können, da auf beiden Seiten nach dieser Richtung vieles verbesserungsbedürftig erschien. Wir haben diese Mandate gleichfalls für gültig erklärt.

Der Parteitag wird gebeten, gleich der Mandatsprüfungskommission sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Der Parteitag erklärt einstimmig sämtliche Mandate für gültig.

Vorsitzender **Wels**: Um die Wahlen für den Parteivorstand und die Kontrollkommission zu vollziehen und das Ergebnis rechtzeitig festzustellen, schlage ich vor, Vorschläge bis 11 Uhr beim Bureau einzureichen. Um 11 Uhr werde ich die Vorschlagsliste für geschlossen erklären und sie in Druck geben. Die Verteilung wird bis 1 Uhr erfolgen. Nachmittag um 3 Uhr wird die Mandatsprüfungskommission beim Betreten des Saales die Abstimmungszettel einsammeln und auf die vorzuzeigenden Ausweiskarten einen Vermerk setzen, damit keine doppelten Zettel abgegeben werden können. — Damit ist der Parteitag einverstanden.

Wir kommen zu unserer Tagesordnung zurück. Das Schlußwort zum 3. Punkt der Tagesordnung hat Genosse Keil.

Berichterstatter **Keil** (Schlußwort): Zunächst unterbreite ich Ihnen eine nicht gedruckte Resolution, um deren einstimmige Annahme ich bitte, da es Meinungsverschiedenheiten über ihren Inhalt nicht geben dürfte. Die sachliche Begründung habe ich bereits gestern gegeben. Die Resolution lautet:

„Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Reichsregierung führt zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise, insbesondere zu einer Erhöhung der Preise, einer Erschwerung der Ausfuhr und einer Einschränkung der Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes. Statt der versprochenen Anknüpfung neuer Handelsbeziehungen mit dem Auslande droht der Abbruch der mit vielen Mühen angeknüpften Verhandlungen über den Abschluß von Handelsverträgen. Arbeitslosigkeit ist die notwendige Folge einer solchen kurzsichtigen Politik, die in erster Linie den deutschnationalen Parteiinteressen dient. Die Finanzen des Reiches weisen bereits einen Ueberschuß von mehreren 100 Millionen Mark auf. Er entstammt der drückenden Massenbelastung durch Lohnsteuer, Umsatzsteuern und Verbrauchssteuern.

Der Parteitag fordert deshalb die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf, mit allem Nachdruck den Abbau der übermäßigen Steuerbelastung durch

Massensteuern zu verlangen, zugleich um zu verhindern, daß der Ueberschuß in der Reichskasse zu ungesetzlichen Begünstigungen des Besitzes Verwendung findet. Die von der Reichsregierung angekündigte Preissenkungsaktion ist lediglich ein Täuschungsmanöver. Wer die Voraussetzungen für Preissteigerungen auf allen Gebieten durch Massensteuern, Zölle und Abschnürung des deutschen Marktes von den billigen Auslandserzeugnissen schafft, kann nicht gleichzeitig die Preise senken. Die freie Konkurrenz, das wichtigste Mittel in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zur Herstellung normaler Preisverhältnisse ist durch die Zollpolitik der Reichsregierung ausgeschaltet. Der Parteitag fordert deshalb die Parteigenossen auf, alle Aktionen der Arbeiter, Angestellten und Beamten nach Anpassung ihrer Löhne an die erhöhten Preise mit allem Nachdruck zu unterstützen."

Meine Annahme, daß es ernste Meinungsverschiedenheiten oder Unzufriedenheit in den breiten Massen der Parteigenossen über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion nicht gibt, ist durch die gestrige Diskussion bestätigt worden. Kritik hieran ist mit einer Ausnahme nicht von den organisierten Mitgliedern, von den Delegierten, sondern aus der Mitte der Fraktion selbst geübt worden. Vielleicht ist es einem größeren Teil des Parteitags wie mir gegangen, daß er der Meinung war, die kritischen Bemerkungen besonders der Genossin Wurm über eine Meinungsverschiedenheit in einer einzelnen taktischen Frage wären auf dem Parteitag nicht unbedingt nötig gewesen. (Sehr richtig!) Vielleicht hat sich zu dieser Ueberzeugung auch die Genossin Wurm durch die Ausführungen des Genossen Breitscheid bekehren lassen, sonst dienten sie nur dazu, die Genossin selbst zu befriedigen, einen anderen Zweck hatten sie kaum.

Nur ein Genosse, der nicht der Fraktion angehört, hat ernsthaft einiges auszusetzen gehabt. Die vorliegenden Anträge wollen fast ausnahmslos nicht kritisieren, sondern die Arbeit der Reichstagsfraktion stützen und fördern. Nur der Genosse Prien aus Dessau hat gemeint, die Fraktion habe den Kampf namentlich in der Zoll- und Steuerpolitik aus zarter Rücksichtnahme auf das Zentrum mit gedämpftem Trommelklang geführt. Worauf sich diese Auffassung stützt, weiß ich nicht, vielleicht auf die Berichterstattung des Parteiblattes seines Bezirks, eine andere Erklärung kann ich mir schwer denken. Ich bin diesem Vorwurf sonst nirgends begegnet. Er trifft auch nicht zu. Die Fraktion hat mit größter sachlicher Schärfe ihren Standpunkt vertreten und die Haltung der übrigen Parteien im Reichstag angefochten. Allerdings hat sie ihre Aufgabe nicht darin erblickt, wie der Stier im Porzellanladen zu arbeiten. Nicht zarte Rücksichtnahme, sondern taktische Klugheit verbietet ihr, die Kraft des Gegners dadurch zu stärken, daß sie die Gegensätze im Lager des Gegners geflissentlich übersieht. Unsere Aufgabe muß es vielmehr sein, diese Gegensätze auszunutzen. Auch der von dem Genossen Prien vertretene Antrag, die Reichswehr abzuschaffen wegen ihres antirepublikanischen Geistes, scheint mir nicht nach allen Richtungen durchdacht. Die Werbekraft der Partei kann es nicht stärken und es wird Verständnis bei den fernstehenden Massen nicht finden, wenn wir das 100 000-Mann-Heer, das uns die Siegermächte noch gestatten, abzuschaffen fordern, während die Großstaaten Europas einschließlich Rußland bis an die Zähne gerüstet sind. Um des antirepublikanischen Geistes willen die Reichswehr abzuschaffen, hieße, das Kind mit dem Bade ausschütten. Prien schlägt vor, an Stelle eine republikanische Reichspolizei zu setzen. Wenn wir damit Erfolg haben wollten, müßten wir uns zu dieser von vornherein anders einstellen, als es weite Kreise der Partei bei der Gründung der Reichswehr getan haben. (Sehr richtig!) Wir würden sonst in dieser republikanischen Reichspolizei alsbald wieder denselben Zustand haben, den wir heute bei der Reichswehr beklagen; wir würden eine republikanische Reichspolizei ohne Republikaner haben. Den scharfen Bemerkungen von Scheidemann über die Mißstände bei der

Reichswehr habe ich mich uneingeschränkt angeschlossen. Die Mißstände fordern zu schärfster Kritik heraus. Aber ich frage, ob wir nicht Anlaß haben, diese Kritik bis zu einem gewissen Grade auf uns selbst auszudehnen. Ich glaube hier und da beobachtet zu haben, daß es in der Partei zahlenmäßig nicht ganz kleine Kreise gibt, die in jedem Uniformtragen ein Werkzeug der Reaktion erblicken. Diese Einstellung ist meines Erachtens falsch. Zur Reichswehr haben wir grundsätzlich nicht in Gegnerschaft zu stehen, sondern wir müssen uns bemühen, sie zu einem Organ der deutschen Republik auszugestalten. Deshalb wäre es unzweckmäßig, gegen den Reichswehretat als Ganzes zu stimmen. Die Anträge auf Ablehnung sind aber auch deshalb gegenstandslos, weil es nach der Geschäftsordnung des Reichstags eine Sonderabstimmung über einzelne Etats nicht gibt, sondern nur eine Abstimmung über den Gesamtetat einschließlich des Reichswehretats. Bei dieser Abstimmung wird die Fraktion, wie ich als selbstverständlich annehme, im Herbst, wenn der Gesamtetat für 1924 und 1925 verabschiedet wird, mit Nein stimmen. Ich empfehle daher, die Anträge 138 bis 142 abzulehnen.

Im übrigen werden wir die Anträge zum Fraktionsbericht zum großen Teil als Material überweisen müssen, da bei der großen Zahl derselben eine sorgfältige Prüfung im Augenblick nicht möglich ist. Im einzelnen empfehle ich folgendes:

Antrag 97 Abs. 1 bitte ich anzunehmen und damit die Anträge 144 bis 146 für erledigt zu erklären. Abs. 2 bitte ich ebenfalls anzunehmen. Abs. 3 könnte durch die Annahme des Antrages 227 für erledigt erklärt werden.

Die Anträge 98 bis 101, die sich auf Wanderarbeitsfürsorge, Erwerbslosenversicherung, Ferien für Arbeitnehmer und Arbeitsgerichtsgesetz beziehen, schlage ich zur Ueberweisung als Material vor.

Antrag 102 bitte ich anzunehmen. Er deckt sich mit der bisherigen Haltung der Fraktion.

Antrag 103 bitte ich als Material zu überweisen, wie es von dem Frankfurter Delegierten selbst vorgeschlagen ist.

Ebenso könnte Antrag 104 als Material überwiesen werden.

Den Antrag 105 empfehle ich abzulehnen, da er eine Verurteilung unserer bisherigen Taktik bedeuten würde.

Antrag 106 ist eigentlich überflüssig, da bisher in diesem Sinne gearbeitet worden ist. Der Antrag könnte aber als Material überwiesen werden.

Antrag 107 bezieht sich auf die Schulfrage. Hierzu liegen noch die Anträge 234 und 238 vor. Da die Formulierung des Antrages 238 die zweckmäßigste zu sein scheint, empfehle ich, diesen Antrag anzunehmen und die Anträge 107 und 234 damit für erledigt zu erklären.

Die Anträge 108 bis 112, die sich auf landespolitische Fragen beziehen, könnten dem Parteivorstand und den Fraktionen der Einzellandtage als Material überwiesen werden.

Antrag 113 befaßt sich mit den Reichsfarben. Wir wünschen, daß die Reichsfarben verbreitet werden, können aber dem Antrag nicht zustimmen; denn er würde nach dem zweiten Satz darauf hinauslaufen, daß in allen deutschen Schulen alltäglich ein schwarzrotgoldenes Morgengebet eingeführt wird. Ich schlage vor, den Antrag abzulehnen.

Die Anträge 114 und 115 empfehle ich zur Annahme.

Die Anträge 116 und 117 decken sich mit der bisherigen Tätigkeit der Fraktion und ich empfehle die Annahme.

Die Anträge 118 und 119 bitte ich als Material zu überweisen, ebenso Antrag 120.

Beim Antrag 121 schlage ich Annahme vor.

Die Anträge 122 und 122a bitte ich als Material zu überweisen.

Antrag 123 beschäftigt sich mit dem Impfzwang. Da handelt es sich um eine Frage, die auf früheren Parteitagen schon Gegenstand der Diskussion gewesen ist, wobei die Partei sich niemals festgelegt hat. Ich schlage vor, den Antrag abzulehnen.

Antrag 124 könnte als Material überwiesen werden. Die Verminderung der Zahl der Reichstagsabgeordneten liegt auch in der Absicht der Fraktion; aber wir können uns hier nicht auf die Zahl festlegen.

Die Anträge 125 und 126 können angenommen werden. Durch die Annahme des Antrags 126 würde Antrag 127 erledigt sein.

Die Anträge 128 bis 133 beziehen sich auf die Reform des Strafrechts und des Strafvollzugs. Wollte der Parteitag sich zu dieser Materie erschöpfend äußern, müßte eine sorgfältig durchgearbeitete, einheitliche Resolution beschlossen werden. Da keiner dieser Anträge eine solche Resolution darstellt, wohl aber in jedem Antrag beachtliche Anregungen enthalten sind, schlage ich Ueberweisung als Material vor. Dieselbe Erledigung könnte den Anträgen 135 und 136 zuteil werden.

Antrag 134 wird erledigt sein durch den Antrag 239, den ich zur Annahme empfehle, da er eine bessere Fassung zu enthalten scheint.

Dem Antrag 137 könnte man zustimmen, aber statt Groß-Oesterreichs würde es besser heißen: Deutschösterreichs.

Die Anträge 138 bis 142, betreffend Stellung der Fraktion zur Reichswehr, bitte ich sämtlich abzulehnen, um dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß der Parteitag mit der bisherigen Haltung der Reichstagsfraktion übereinstimmt.

Antrag 143 ist durch die Beschlußfassung beim ersten Punkt der Tagesordnung erledigt.

Die Anträge 144 bis 146 habe ich beim Antrag 97 besprochen.

Antrag 147 bezieht sich auf die Außenpolitik und ist später zu behandeln.

Antrag 148 schlage ich vor, als Material zu überweisen.

Antrag 149 ist bereits erledigt.

Dem Antrag 150 können wir zustimmen. Er scheint mir, weil selbstverständlich, eigentlich überflüssig zu sein.

Bei Antrag 151 schlage ich Ueberweisung als Material vor, ebenso bei Antrag 152, der ein Finanzprogramm aufstellt, das in vielen Punkten mit der bisherigen Haltung der Fraktion übereinstimmt, aber auch zahlreiche Anregungen enthält, die der näheren Prüfung bedürfen.

Bei Antrag 153 schlage ich vor, ihn durch Annahme des Antrags 219 für erledigt zu erklären.

Antrag 217 ist zurückgezogen.

Beim Antrag 224, der sich auf den Alkoholismus bezieht, schlage ich vor, den zweiten Satz zu streichen, der sich gegen jede Vergärung von Lebensmitteln wendet, also auch gegen die Biererzeugung. Im übrigen würde gegen den Antrag nichts einzuwenden sein.

Den Antrag 227, von dem ich schon bei Antrag 97 Abs. 3 gesprochen habe, empfehle ich zur Annahme.

Antrag 232 hat eine neue Fassung erhalten, ich empfehle Annahme.

Antrag 233 empfehle ich zur Annahme.

Antrag 234 habe ich schon behandelt.

Bei Antrag 236 hat die Genossin Schilling ihren Namen zurückgezogen, der Antrag heißt jetzt Antrag Würz und Genossen. Ich empfehle, den Antrag der Fraktion als Material zu überweisen. Denselben Vorschlag mache ich bezüglich Antrag 237.

Ich komme nun zum Antrag Seydewitz, Nr. 225. Genosse Seydewitz hat gemeint, ich hätte ihm und seinem Aufsatz über die Taktik der Fraktion viel Ehre angetan. Das habe ich nicht bestritten. Aus Gründen des menschlichen

Mitleids bin ich darüber jetzt erst recht befriedigt, nachdem ich Zeuge des Mißerfolges gewesen bin, von dem der Versuch des Genossen Seydewitz, uns zu sagen, was er will, gekrönt war. Mit dem Genossen Seydewitz kann ich mich deswegen nicht weiter befassen. Dagegen würde es sich lohnen, mit dem Genossen Levi weiter zu diskutieren. Ich will aber mein Schlußwort nicht zu Ausführungen mißbrauchen, auf die niemand mehr erwidern kann. Die Auseinandersetzung mit Levi ist auch nicht unbedingt geboten; denn die Erfolge, die die von ihm anempfohlene Politik in den letzten Jahren erzielt hat, sprechen gegen ihn. Die Resolution des Genossen Seydewitz und die Rede des Genossen Levi, die wohl die Begründung zu der Resolution sein sollten, ziehen leider nicht die Konsequenz, die sich aus ihren Gedankengängen ergeben würde. Diese Konsequenz müßte nämlich lauten: Austritt aus der preußischen Regierung, Verzichtleistung auf jede Machtentfaltung der Partei innerhalb des heutigen Staates, Preisgabe jedes direkten Einflusses, indem man die bürgerlichen Parteien machen läßt, was sie wollen, und zwar soll das geschehen im Namen des Klassenkampfes. Mir scheint, daß die Genossen, die diesem Gedanken folgen, den Begriff des Klassenkampfes mißverstanden haben. Der Klassenkampf hängt übrigens nicht von unserem Wollen und nicht von unseren Parteibeschlüssen ab; er ist eine geschichtliche Tatsache und wird es bleiben, welche Beschlüsse wir auch dazu fassen und in welche Formeln wir unsere Absichten auch kleiden mögen. Ich empfehle dem Parteitag, sich nicht auf verbrauchte Schlagworte festzulegen. Wir haben den Klassenkampf nie geleugnet. Wir haben nie bestritten, daß die ganze bisherige Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen ist. Unsere Politik wird immer eine Politik des Klassenkampfes sein. Aber sie wird nicht dadurch erfolgreicher, daß wir in jedem Satz, den wir öffentlich aussprechen, das Wort Klassenkampf gebrauchen. Ich empfehle daher dem Parteitag, die Resolution Seydewitz, Nr. 225, die nichts anderes bedeuten würde als ein Mißtrauensvotum gegen die Fraktion und eine Ablehnung der bisherigen Politik der Partei, abzulehnen. Wir dienen dem Klassenkampf am besten dadurch, wenn wir im bisherigen Geiste weiterarbeiten und wenn die Fraktion und die Vertrauensmänner der Partei sich stets von dem Bewußtsein leiten lassen können, daß sie sich der einmütigen Unterstützung und des Vertrauens der Parteigenossen erfreuen. (Lebh. Beifall.)

In der Abstimmung wird zunächst Antrag 97 Abs. 1 angenommen. Die Anträge 144—146 werden damit für erledigt erklärt. Der Abs. 2 des Antrags 97 wird angenommen. Abs. 3 wird durch die Annahme des Antrages Knack-Hamburg und Genossen, Nr. 227, für erledigt erklärt.

Die Anträge 98—101 werden der Fraktion als Material überwiesen.

Antrag 102 wird angenommen.

Die Anträge 103 und 104 werden der Fraktion als Material überwiesen.

Der Antrag 105 wird abgelehnt.

Ueberweisung an die Fraktion erfolgt bei Antrag 106.

Antrag 234 Abs. 2 und Antrag 107 werden durch Annahme des Antrages Hermann Müller, Nr. 238, für erledigt erklärt. Die Absätze 1, 3 und 4 des Antrages 234 werden mit den notwendigen redaktionellen Aenderungen angenommen.

Die Anträge 109—112 werden dem Parteivorstand und der in Frage kommenden Landtagsfraktion als Material überwiesen.

Antrag 113 verfällt der Ablehnung.

Die Anträge 114 und 115 werden angenommen, desgl. die Anträge 116 und 117.

Antrag 118 wird der Fraktion als Material überwiesen; ebenso werden überwiesen die Anträge 119 und 120.

Antrag 121 wird angenommen.

Die Anträge 122 und 122a werden der Fraktion als Material überwiesen.

Abgelehnt wird Antrag 123.

Antrag 124 wird der Fraktion als Material überwiesen.

Antrag 125 wird angenommen.

Berichterstatter **Keil** beantragt, die Anträge 126 und 127 der Fraktion als Material zu überweisen, da eben erst eine Amnestie erlassen worden sei und in der nächsten Zukunft mit einer neuen Amnestie nicht gerechnet werden könne. Der Antrag enthalte aber für den Fall einer erneuten Amnestie wertvolle Anregungen, die von der Fraktion beachtet werden müßten.

Darauf werden die Anträge 126 und 127 gemäß diesem Vorschlage der Fraktion mit großer Mehrheit überwiesen.

Vorsitzender **Wels** bemerkt dazu, daß die Ueberweisung als Material sehr wohl die volle Zustimmung des Parteitages zu diesen Anträgen bedeuten könne.

Die Anträge 128—133 und 135 und 136 werden der Fraktion als Material überwiesen; Antrag 134 wird durch Annahme des Antrages Hilferding und Genossen, 239, für erledigt erklärt.

Der Antrag 137 gelangt in folgender Form gegen eine Stimme zur Annahme:

Der Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland ist mit allen geeigneten Mitteln zu erstreben.

Der Ablehnung verfallen die Anträge 138—142.

Antrag 143 ist bereits beim ersten Punkt der Tagesordnung erledigt worden. Die Anträge 144—146 sind durch die Annahme des Antrages 97 Abs. 1 erledigt worden. Antrag 147 kommt beim nächsten Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung.

Antrag 148 wird der Fraktion als Material überwiesen.

Antrag 149 ist beim ersten Punkt der Tagesordnung bereits erledigt worden.

Antrag 150 wird angenommen.

Den Antrag 151 überweist der Parteitag der Fraktion als Material, desgl. den Antrag 152. Dabei wird festgestellt, daß der Antrag 152 nicht aus Remscheid-Lennep stammt, sondern aus Breslau.

Antrag 153 wird erledigt durch Annahme des Antrages Dobbert-Meißen und Genossen, Nr. 219.

Der Antrag Hoch und Genossen, Nr. 224, zur Alkoholfrage wird unter Streichung des Einleitungssatzes und des Satzes 2 angenommen.

Antrag Karsten und Genossen, Nr. 232, gelangt in folgender Form zur Annahme:

> Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die seit langem angekündigte Reform der Reichsversicherungsordnung in Angriff genommen wird. Diese Reform muß zur Vereinheitlichung der sozialen Versicherungsgesetze und zu einem solchen Umbau der Versorgungs- und Fürsorgegesetze führen, daß die heute bestehenden Unterschiede in der Art und dem Umfang der Versorgung, die lediglich durch das Bestehen besonderer Versicherungs-, Versorgungs- und Fürsorgeträger hervorgerufen werden, beseitigt werden. Die soziale Hilfeleistung muß dem Grade der Hilfsbedürftigkeit und der Art der Körperbeschädigung entsprechen. Der jetzige Organisationswirrwarr ist zu beseitigen und eine einheitliche Versorgungsorganisation für alle Zweige der bestehenden Versicherung, Versorgung und Fürsorge zu schaffen. Hand in Hand mit der Vereinheitlichung des Organisationsapparates muß auch ein einheitlicher Rechts- und Beschwerdeweg geschaffen werden, der den Versorgungsberechtigten ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht sichert.

Der Antrag 233 wird angenommen.

Antrag Würz und Genossen (irrtümlich als Antrag Minna Schilling und Genossen bezeichnet), Nr. 236, wird der Fraktion als Material überwiesen, ebenso Antrag Hilferding und Genossen, Nr. 237.

Die von dem Referenten Keil in seinem Schlußwort vorgeschlagene Entschließung zur Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung sowie zur Preissenkungsaktion wird angenommen.

Der Antrag 240 wird auf Antrag aus der Mitte des Parteitages der Fraktion als Material überwiesen.

Darauf erfolgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Seydewitz und Genossen, Nr. 225. Der Antrag wird mit 285 gegen 81 Stimmen abgelehnt.

Berichterstatter Wilhelm **Keil**: Es ist mir mitgeteilt worden, daß Unklarheit besteht, was vom Antrag 224 nach der Abstimmung übriggeblieben ist. Ich habe den Beschluß so verstanden, daß die Sätze 1 und 3 angenommen, dagegen der Satz 2 gestrichen ist.

Vorsitzender **Wels**: So habe ich es auch konstatiert. Entsprechend dem heute früh gefaßten Beschluß zu den Wahlen zum Parteivorstand und der Kontrollkommission erkläre ich jetzt die Vorschlagsliste für geschlossen. Die Vorschläge gehen jetzt in Druck und werden kurz vor der Pause verteilt werden. Wir kommen jetzt zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Probleme der europäischen Politik (Bericht vom Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale).

Berichterstatter **Crispien**-Berlin: Die Probleme der europäischen Politik: die Befriedung Europas, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, der Schutz der nationalen Minderheiten, die Auslegung und Ausführung der Friedensverträge, die Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen der Länder zueinander, die nationale und internationale Demokratisierung, die Währungs- und Kreditfragen beschäftigen uns seit dem Ende des Krieges. Wenn sie von den Regierungen der verschiedenen Länder noch nicht gelöst werden konnten, so liegt das an dem Unvermögen der Kapitalisten, das Zusammenleben der Völker zum Besten der Menschheit zu regeln. Hieraus ergeben sich die Aufgaben für die Sozialdemokratie, die vom Boden der wirtschaftlichen Notwendigkeiten aus die Lebensinteressen der breiten Massen schützt und die Menschen in friedlicher Arbeit vereinigen will. Das ist der Zweck der sozialistischen Friedenspolitik. Diese Friedenspolitik stand auf dem Marseiller Kongreß zur Erörterung. Es handelt sich um eine zusammenhängende Politik, wie wir sie seit Kriegsende geführt haben, wie wir sie nach Marseille und nach diesem Parteitag nach denselben Grundsätzen weiterführen müssen. Ich erinnere daran, daß dieselben Arbeitermassen, die 1914 in den Krieg gerissen wurden, 1918 den unmittelbaren Kampf um den Frieden aufnehmen mußten, und zwar unter den äußersten Schwierigkeiten. Ich erinnere an die tiefen Abgründe, die zwischen den Völkern durch den Krieg aufgerissen waren: auf der einen Seite die triumphierenden Siegerstaaten, bereit, die niedergeworfenen und zusammengebrochenen Länder völlig zu zertreten, auf der anderen Seite in den zusammengebrochenen Ländern, wie auch in Deutschland, der Kampf der Arbeiter um das nackte Leben. Dazu kam die Politik der Bolschewisten, die sich gegen die Sozialisten richtete, dann die Zerklüftung und Verwirrung innerhalb der Arbeiterklasse, ferner der Teil der Masse, der von Illusionen erfüllt war und schließlich die neuen Schichten, die damals in die politische Bewegung gestoßen wurden und die nicht gelernt hatten, politische Rechte und Macht durch Opfer selbst zu erobern, zu schätzen und entsprechend anzuwenden. Diese ungeheuren Schwierigkeiten mußten von den Sozialdemokraten überwunden werden. Wir mußten zugleich an der Sammlung der Arbeiter wie an der Ueberwindung des Widerstandes der Kapitalisten gegen einen endgültigen Abschluß des Krieges arbeiten.